

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheinungswöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Einzelheftpreis die 6 Spalten, Colonetzelle für Arbeitsgehalte 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seltensstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Zeitverhältnisse und Ehe.

Die Auffassung der Ehe ist der sicherste Maßstab für die Beurteilung der Gesundheit eines Volkes. Die Wurzeln der Kraft des römischen Reiches reichen hinauf in die Zeit, als das Familienleben noch heilig gehalten wurde, als jeder Römer ein ganzer Mann und jede Römerin eine ganze Frau war und beide, verbunden durch das geheiligte Band der Ehe, Söhne und Töchter zu ihrer eigenen schlichten Größe und Würde heranzogen. Nachdem aber die Genussucht in fast jede Familie des Weltreiches eingedrungen war, und hier mit der fortschreitenden Entfittlichung die Bande lockerte, da lösten sich auch die Gefüge des großen Staates, bis er in sich zusammenstürzte.

Wenn Einheit und Einfachheit gegenseitige Treue und Liebe, die untrüglichen Kennzeichen einer guten Ehe sind, kann man sich bei der Betrachtung der gegenwärtigen Lage des Familienlebens ernster, ja pessimistischer Gedanken kaum erwehren. Mit dem gesteigerten Wohlstande sind die Ansprüche in jedem Stande gewachsen. Wenn haben und Wünschen sich nicht decken, dann verzehrt vielfach die Unzufriedenheit die Ruhe und das Glück eines bescheidenen häuslichen Lebens, und die Familie hört auf, eine Heimstätte des Friedens zu sein für alle, die im öffentlichen Leben den Kampf ums Dasein zu führen haben.

Den verwirrenden und betörenden Ansichten über „Musliebe“, „Freie Liebe“ ist heute durch die billige Schundliteratur der Weg geöffnet in die entlegensten Gemeinden, in den beschränkten Familienkreisen. Das Gift, das auf diese Weise eingeträufelt wird, verjagt seine Wirkung nicht in einer Zeit, wo Sensation Trumpf ist, wo so viele „Er“ und „Sie“ einen pikanten Roman erleben möchten. Gegenseitige Liebe und Treue im Eheleben ist manchen zum Ammenmärchen geworden. Was soll aber aus den Kindern werden, wenn Vater und Mutter getrennte Wege gehen, anstatt ihre Kräfte zu einem, um in unsern schwierigen Zeitverhältnissen gesunde, charaktervolle Menschen groß zu ziehen, namentlich, wo das materielle wirtschaftliche Leben, das Mann und Frau zur öffentlichen gewerblichen Arbeit zwingt, die Erziehungsaufgabe ohnehin erschwert?

Doch mit Klagen und Jammern würde noch nie ein Unglück behoben. Hier heißt es für alle, die Verhältnisse haben für die hohe Bedeutung der Familie, als der Zelle im Volks- und Staatsleben, mit aller Kraft sich stemmen gegen die unheilvollen Zeitinflüsse und festhalten an der alten Sitte und Treue, die das deutsche Volk groß und stark gemacht.

Unsere Jahresabrechnung für 1910.

Die aufsteigende Entwicklung im Wirtschaftsleben hat auch unsere Arbeiterschaft zu neuem Vorwärtstreben begehrt und die Idee der christlichen Gewerkschaftsbewegung wiederum in weite Kreise unserer Metallarbeiter getragen. Ein erheblicher Fortschritt ist in dem vergangenen Jahre zu verzeichnen und berechtigt zu den besten Hoffnungen auch für die weitere Entwicklung unseres Verbandes und wird sicher unsere Kollegen zu eifriger Mitarbeit anspornen.

Das finanzielle Ergebnis der vorliegenden Abrechnung ist eine Vermögenszunahme von rund 129 000 Mk., womit unser Verband eine Million an Verbandsvermögen erreicht hat. Die Reineinnahme betrug im vergangenen Jahre 857 213,50 Mk., gegen 675 931,37 Mk. im Jahre 1909. Die Gesamtausgaben stellten sich auf 737 058,20 Mk. gegen 537 641,25 Mk. im vorhergehenden Jahre. Der Steigerung der Einnahmen steht also eine noch größere Steigerung der Ausgaben gegenüber.

Die Zahl der Neuaufnahmen betrug im Vorjahre insgesamt 18 163. Davon waren 16 914 männliche und 1249 weibliche und jugendliche Mitglieder. An Uebertritten aus anderen Verbänden hatten wir 865 zu verzeichnen, außerdem zählten wir in der Jugendklasse am Jahreschluss 1698 Mitglieder. Da von letzteren kein Eintrittsgeld erhoben wird, läßt sich bei diesen die tatsächliche Zahl der Neuaufnahmen nicht genau feststellen. Die Gesamtzahl der Aufnahmen beträgt demnach im Vorjahre 19 975. Im Vergleich der letzten 4 Jahre stellt sich die Zahl der Neuaufnahmen wie folgt:

	1907	1908	1909	1910
Männliche Mitglieder	14 147	7951	7191	16 163
Weibliche und jugendliche Mitglieder	851	391	267	1 249
Jugendklasse	—	—	—	1 698
Uebertritte	—	—	—	865
	14 998	8342	7458	19 975

An Verbandsbeiträgen sind im Vorjahre 676 835,05 Mk. eingegangen, das sind 124 434,40 Mk. mehr wie im Vorjahre. Erreicht wurde auch die durchschnittliche Beitragsleistung pro Kopf gegen das Vorjahr gestiegen. Sie betrug im Mitgliederdurchschnitt 43 Beiträge pro Mitglied im Jahr. Eine weitere Steigerung der Durchschnittsleistung muß aber noch durch bessere Einnahmegerichtete werden.

Ehne die Steigerung der Einnahmen wäre es natürlich nicht möglich gewesen, neben der beträchtlichen Strei-

gerung der Ausgaben noch einen Zuwachs unseres Verbandsvermögens zu erzielen. Die Ausgaben für Streiks und Lohnbewegungen sind im vergangenen Jahre gestiegen auf 173 859,68 Mk. gegen nur 29 804,20 Mk. im Jahre 1909, das ist eine Steigerung um 144 055,48 Mk., es kommen dann noch 10 733,22 Mk. dazu, welche unsere Kollegen für die angesperrten Banarbeiter aufgebracht haben. Auch die Unterstützung bei Krankheit ist noch um 3592,13 Mk. gegen das Vorjahr gestiegen, obgleich die im Vorjahr beigetretenen Mitglieder noch nicht bezugsberechtigt sind. Eine besondere Mindernde der Ausgaben können wir nur bei der Arbeitslosenunterstützung verzeichnen, die aber aus den veränderten Konjunkturverhältnissen erklärlich ist, während die übrigen Ausgabenposten sich gegen das Vorjahr wenig verändert haben, wie folgende Gegenüberstellung der für die einzelnen Unterstützungen angefallenen Summen zeigt:

	1908		1909		1910	
	M.	h.	M.	h.	M.	h.
Arbeitslosenunterstützung	6234	30	6553	50	5562	46
Unfallunterstützung	3643	70	4620	73	4705	31
Erwerbslosenunterstützung:						
a) bei Krankheit	120195	68	131390	03	134982	34
b) „Arbeitslosigkeit“	62508	08	54874	78	29710	63
Streikunterstützung	29506	53	29804	20	184592	90
Unterstützung bei Maßregelung	8794	48	3388	81	3607	59
Unterstützung bei Sterbefällen	2355	—	3415	—	4722	50
Rechtsschutz	2503	13	4070	67	5117	44
Notfallunterstützung	528	—	1248	70	2043	87
	226269	—	239306	42	375045	04

Vorstehende Tabelle zeigt, daß der Beitragsleistung in unserem Verbands eine Gegenleistung an Unterstützungen gegenübersteht, die nicht mehr gesteigert werden dürfte. Und doch werden wir sicher in nächster Zukunft noch mehr in Kämpfe mit den Arbeitgebern verwickelt werden, wie bisher, dafür sorgen schon die Scharfmacher in diesem Lager, wie z. B. folgende Auslassung des Sekretärs des Arbeitgeberverbandes für Hamburg-Altona, der bekannte Herr von Reisch, in seinem Jahresbericht zeigt. Er schreibt unter anderem folgendes:

„Darum ist es unbedingt erforderlich, daß die deutschen Arbeitgeber zu dem Entschluß veranlaßt werden, ihre in Anordnung geratenen Reihen nach dem Vorbild der schwedischen Arbeitskollegen zu ordnen, und zu einem Schläge auszuholen, der den Gegnern (d. h. den Arbeitern D. N.) Achtung vor ihrer Geschlossenheit und Stärke abnötigt. Zu einem solchen Entscheidungskampfe muß es früher oder später doch einmal kommen, je eher und nachhaltiger er vorbereitet wird, desto erfolgreicher wird er für alle Teile sein.“

Wir zweifeln nicht daran, daß die Scharfmacher im Arbeitgeberlager der Metallindustriellen nicht eher ruhen werden, bis es zu diesem Entscheidungskampfe kommt, um die Arbeiter zu willenslosen Werkzeugen nach Art der Gelben Herabzubilden. Die Lehre aus solchen Auslassungen muß sein, unseren Verband an Mitgliederzahl und Finanzkraft zu stärken, daß wir dem Plan der Scharfmacher von rechts und links mit Ruhe entgegengehen können.

Bei der jetzt überall einkehrenden besseren Konjunktur muß es an allen Orten leicht möglich sein, mit einer Verbesserung der Sozialverhältnisse vorzugehen. An einzelnen Orten sind die Kollegen mit gutem Beispiel vorgegangen, und erhalten Lokalzuschüsse von 20 Pf. und mehr pro Woche; während andere vorhanden sind, welche sich kaum bis 5 Pf. aufschwingen können. Nur einem günstigen Zufall haben es die Metallarbeiter zu verdanken, daß im verfloßenen Jahre die Aussperrung von 400 000 Metallarbeitern verhindert werden konnte. Es darf aber als sicher angenommen werden, daß der große Entscheidungskampf in der Metallindustrie nur aufgeschoben, nicht aufgehoben ist. Es liegt deshalb im ureigenen Interesse der Mitglieder, für weitere finanzielle Stärkung des Verbandes Sorge zu tragen, dann werden sie gerüstet und ruhig der Zukunft entgegenblicken können.

Eine gepfeifte Pöktion

für die unehrliche, oberflächliche und heuchlerische Sippchaft des roten Agitationsläfers und Schwärzertums ist die soeben erschienene Nr. 7 der „Sozialistischen Monatshefte“. Einer Anzahl „Genossen“, die sich noch etwas Sinn für die Wahrheit und für die Notwendigkeit der Würdigung der gegebenen Verhältnisse bewahrt haben, scheint ob der in der letzten Zeit ausgearteten wüsten roten Propaganda die Galle zum Halbe gestiegen zu sein. Die Ausführungen dieser Genossen in der genannten Nummer sind weisheitsvolle Ratschläge, die gerade die Kernpunkte des heutigen roten Agitationschemas — des oben, oberflächlichen und unehrlichen Lebensmittelauchergewerks — zerkümmern. Es war ja nicht nur die rote „Partei“agitation, die sich dieses unehrlichen Treibens schuldig gemacht hat; auch die „freien“ Gewerkschaftsleiter samt den unehrlichen Organen dieser Richtung wählten die Stellungnahme der unerer

Bewegung angehörigen Parlamentarier zu der bewährten deutschen Handelspolitik, in der demagogischsten Weise nach denselben roten Agitationschema gegen die christlichen Gewerkschaften auszuspielen. Mit den hanebüchlichen Argumenten suchte man der deutschen Arbeiterschaft vorzugaukeln, daß ein Arbeitervertreter grundsätzlicher Gegner der deutschen Handelspolitik sein müsse. Lassen wir diesen oberflächlichen Demagogen und Nachkläffern einseitiger Interessen gegenüber nur einmal die „Genossen“, die in den, der parteiantlichen Zensur nicht unterworfenen „Sozialistischen Monatsheften“ ihre eigene Ansicht von der Sache vertreten können, zu Worte kommen.

Da ist zunächst „Genosse“ Eduard Bernstein. Er schreibt über „das Grundfähliche in der Frage der Handelspolitik“. Der Artikel ist ein echter „Bernstein“. Mengstlich bedacht, die Sache so zu formen, die Worte so zu stellen, daß ihm beim zu erwartenden Anrücken des „radikalen“ Flügels der „Genossen“schaft immer irgendeine Nützungslinie bleibt. Darum verschanzt er sich zunächst hinter folgendes „Grundfähliches“, nämlich:

„daß selbst unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten niemals von Sozialisten der Schutzoll als prinzipiell gleichwertig mit dem freien Austausch von Nation zu Nation betrachtet werden kann. Der erstere kann immer nur als zeitweilige Maßregel Geltung beanspruchen, ist aber als Ziel gesellschaftlicher Entwicklung ein Un Ding.“

Damit kann man auch aus sehr „bürgerlichen“ Anschauungen heraus füglich einverstanden sein; denn das besagt, aus dem „Grundfählichen“ in praktisches Deutsch übertragen nichts weiter, als daß sich einer als Ziel seiner „gesellschaftlichen Entwicklung“ nach Art der Utopisten irgendeinen Idealstaat ausbilden und vorwärtswehen lassen kann; im praktischen Gegenwartshandel aber kommt's auf die „zeitweiligen Maßregeln“ an. Und als solche „zeitweilige Maßregel“ will Bernstein auch den Schutzoll durchaus zulassen. Er will ihn freilich nicht so nennen — das wäre auch zu schlimm, ein Sozialdemokrat für — „Schutzoll“ — Aber wenn man ihn „Begünstigungszoll“ nennt, der bestimmt ist „für Gewerbe, deren Entwicklung sich aus allgemeinen Gründen (im Staatsinteresse) empfehlen“ dann will Bernstein ihn zugelassen haben. „In Einzelfällen mögen Worte für Aufschuttsoll, Förderberungszoll, Erhaltungszoll die richtigen Bezeichnungen sein.“

Nachdem Bernstein so vorgebaut, kommt er im letzten Teil auf die „konkrete Frage des Tages“, auf die Anwendung seines „Grundfählichen“, auf die „Frage des Agrarschutzes“. Und nun fliegt der sorgsam präparierte Pfeil flink, wohlgezielt und sicher. Es heißt dann:

„Nur eine Politik, die sozusagen von der Hand in den Mund lebt, kann das ganze Interesse auf die eine Frage der jeweils größten Billigkeit der Nahrungsmittel beschränken. Das mag für bürgerlich radikale Parteien passen, ist aber kein sozialistisches Verhalten. Einen Sozialdemokraten darf die Gegnerschaft gegen die Schutzollnezei nicht darüber hinwegtäuschen, daß es eine Billigkeit geben kann, die unter dem Gesichtspunkte der Volkswirtschaft als Ganzes zu teuer erkaufte ist. Letzteres wäre zum Beispiel der Fall, wenn infolge bestimmter Vorgänge auf dem Weltmarkte der Preis von Haupterzeugnissen der Landwirtschaft eines Landes auf einen Satz fielen, bei dem die Landwirte in Massen zugrunde gehen und das Land sich entvölkert, jedoch hinterher, nachdem die Entvölkerung eingetreten, neue Preiserhöhung erfolgte und durch Venderung der Weltmarktsbeziehungen für das betreffende Land sogar die Verjorgung sich ungünstiger gestaltete als für die mit ihm konkurrierenden Länder.“

Dieser feingefielte Satz umschreibt genau die Lage, in der sich die Lebensmittelversorgung Deutschlands in den letzten Jahrzehnten entwickelte. Bernsteins Ausführungen treffen die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur Lebensmittelfrage an ihrer verwundbarsten Stelle. Die deutsche Sozialdemokratie verfolgte die ganzen letzten Jahrzehnte eine „Politik, die von der Hand in den Mund lebt“; sie war es, die alles, ihre ganze Politik und Taktik „auf die eine Frage der jeweilig größten Billigkeit“ beschränkte; sie war es, die die „Volkswirtschaft als Ganzes gefährdete, da sie aus „lamentarischem Realismus“ (wie „Genosse“ Schippel einmal sagte) in der Frage der Lebensmittelversorgung nichts sah, nichts von den großen Weltvorgängen, sondern nur „den Zoll und den Preis“.

Und dann kommt „Genosse“ Max Mauren-Frecher. Der geht in seinem Artikel „Agrarischer Sozialismus“ noch viel ausführlicher zu Werke. Er knüpft an das vor kurzem erschienene Buch des „Genossen“ Gerhard Hilbrand an, das mit unerreichter Schärfe den Gedankenengang eines sowohl agrarfreundlichen als auch sozialpolitischen Sozialismus“ dargestellt habe. Gerhard Hilbrands Buch gipfelt (in Mauren-Frechers Zusammenfassung) in folgenden Grundgedanken:

„Daß die Industrie ohne die unbedingt notwendige Dauergrundlage auf die Dauer sich einfast gar nicht erhalten kann; daß die Teilung in Industrie- und Agrarparteien nicht eine ewige und endgültige

Leistung der Nationen ist, sondern Agrarstaaten im Laufe weniger Generationen dazu übergehen, eine eigene Industrie in sich zu erzeugen; und daß deshalb die Zukunft der Industriegewerkschaft ein grenzenloses Glanz sein wird, wenn es ihr nicht gelingt, rechtzeitig dem eigenen Staat einen gemäßigten agrarisch-industriellen Charakter zu geben oder zu erhalten."

„Hilfsbedürfnis in der Tat wertvolle Ausführungen — der genaue Titel seines Buches lautet: „Die Erschütterung der Industriegewerkschaft und des „Industrialismus“ (Zena 1910) — in denen er obige Grundgedanken eingehend entwickelt und durch eine Fülle wichtiger Tatsachenmaterials belegt, waren für Marxendecher ein Bedürfnis genug, seine „bisherigen Gedanken zu im Teil umzudenken“. Das Ergebnis sind folgende Sätze:

„Wir Städter dürfen nicht sagen, daß wir unter allen Umständen das billigste Fleisch auf der ganzen Welt essen wollen; denn die Wirkung eines solchen Satzes könnte sein, daß unsere Kinder und Kindeskinde in die Kattage kämen, überhaupt kein Fleisch mehr zu haben. Wir würden vielleicht die momentane Verleumdung des billigen Fleisches mit der Lebenshaltung der gesamten Zukunft der deutschen Volksmasse bezahlen. Das wäre aber weder sozial noch sittlich gerechtfertigt. Niemand hat die lebende Generation das Recht, eine Lebensversicherung für sich damit zu erkaufen, daß sie die Lebensmöglichkeit späterer Generationen zertrümmert. Dieser sittliche Grundsatze des Sozialismus zwingt uns, nicht unter allen Umständen nach billigstem Fleische zu streben. Vielmehr müssen wir sagen: Wir heute lebenden Städter wollen, daß die Fleischproduktion unter allen Umständen rentabel bleibt, damit für alle Zukunft, unabhängig von den Konjunkturen des Weltmarktes unsere Kinder eine ausreichende Basis einer guten Lebenshaltung im eigenen Lande erhalten bleibt. Darum wollen wir in der Stadt lebende Menschen, die wir kein eigenes Fleisch produzieren, sondern von den Bauern zu kaufen gezwungen sind, denjenigen Preis zahlen, bei dem der Bauer bestehen und wohlhaben und bestehen kann.“

Über diese Sätze ist eine schallende Ohrfeige für die Sippschaft der unehrlichen Menschheit im roten Parte- und Gewerkschaftslager. Und das bitterste dabei ist, daß Marxendecher sich nicht auszusprechen scheint, daß diese Ausführungen „den Marxismus treuer und methodischer richtiger erfassen, als die meisten der Epigonen, die mit ihrem Geschrei die Meinung der Partei erfüllen.“ Diese ganze unehrliche rote Gehagitation wird wieder treffend gekennzeichnet durch den Satz, den Max Marxendecher der Redaktion des Bremer roten Parteiblattes ins Stammbuch schreibt:

„Es war keine Rede davon, daß . . . (sie) ihr Klassenbewußtsein aus dem realen Leben der Arbeiterklasse schöpft; sie schöpft das, was sie für proletarisches Klassenbewußtsein hielt, rein aus einer Doktrin und wollte den Arbeitern die Erfahrungen des praktischen Lebens zugunsten eines schematischen Gedankenganges verzeihen.“

Mit diesem Satze traf Marxendecher in der Tat den Nagel des ganzen verlogenen roten Agitationschemas auf den Kopf. Zugunsten des „schematischen Gedankenganges“ der bösartigen roten Propaganda geht die rote Gehagitation einzig darauf aus, dem deutschen Arbeiter um jeden Preis die Freude an allem Bestehenden systematisch zu „verzeihen“. Die ganze bodenlose Unehrlichkeit dieser roten Verzeihungspolitik wird in der genannten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ des weiteren illustriert durch einen Aufsatz von „Genosse“ W a l f a r Weingart: „Über die soziale Lage der englischen und der deutschen Arbeiterklasse“. Er befaßt sich hier eingehend mit den Beobachtungen der seitens der englischen „Forschler“ und „Schutzblätter“ zum Studium der Lage der deutschen Arbeiter entlassenen Deputierten. Auch dieser „Genosse“ kommt, nachdem er Licht und Schatten dieser sich zum Teil schroff entgegengesetzten „Beobachtungen“ der Wirklichkeit entsprechend verteilt hat, zu einem Ergebnis, welches der laubläufigen roten Verzeihungspolitik jede reale Grundlage entzieht. „Genosse“ Weingart resümiert:

„Soviel geht aber auf jeden Fall aus den obigen Betrachtungen hervor, daß es weder der Wahrheit entspricht noch

dem Interesse der Arbeiterklasse dient, die soziale Lage des englischen Arbeiters auf Kosten des deutschen heranzustreichen. Der Unterschied in der Lebenshaltung der Arbeiter beider Nationen ist keinesfalls so, wie er sich in englischen (und vielfach auch in deutschen) Köpfen malt. Das freihändlerische England hat auch nicht die mindeste Ursache, in diesem Punkte auf das zollgeschützte Deutschland herabzusehen. Die englische Arbeiterklasse wird vielmehr gut daran tun, durch Abstreifung aller Vorurteile die Bahn für eine weitwichtige Arbeiterpolitik frei zu machen.“

In der Tat, die drei „Genossen“ führen da wichtige Denkschlüsse mitten hinein ins „rote“ Agitationslabyrinth. Das beispiellos unehrliche rote Agitationsgeschrei hat diese Rücksichtigung aber auch reichlich verdient. Unsere Kollegen aber werden aus den hier wiedergegebenen Ausführungen von „Genossen“ ersehen, daß der Verzeihungsnachweis für die Vertretung von Arbeiterinteressen durch die Anweisung einiger oberflächlichen Agitationsweisen und den Besitz eines losen Manuskriptes noch lange nicht erbracht ist. Es ist nicht unsere Aufgabe, unsere deutsche Wirtschaftspolitik in allen ihren Einzelheiten hier zu verteidigen oder zu verteidigen; wogegen wir uns wenden, ist die beispiellos verlogene Verzeihungspolitik, Verleumdungspolitik und Verzeihungspolitik, mit welcher von Seiten der Genossen auch die gewerkschaftliche Agitation systematisch vergiftet wird. Wenn also christliche Arbeiterführer sich nicht dazu hergeben, „zunächst eines schematischen Gedankenganges“ die Propaganda- und Verzeihungspolitik der roten Schreiber mitzumachen, so mag man sich im roten Lager die Hälse höher strecken über den „Arbeitererrat“ — die christliche Arbeiterklasse weiß, was sie davon zu halten hat.

Nähe die Zeit!

Mit Freuden konnten wir am Schlusse des Jahres konstatieren, daß unser Verband im verflochtenen Jahre um 10 000 Mitglieder zugenommen hatte. Diese Steigerung hat auch erfreulicher Weise im ersten Quartal dieses Jahres angehalten. Haben wir doch die Zahl 38 000 überschritten. Das bedeutet eine Steigerung von 14 000 Mitgliedern in 1 1/4 Jahren. Wie war dieser Aufschwung möglich? Nachdem der Daud der wirtschaftlichen Depression einer aufsteigenden Konjunktur gewichen war, zog wieder frisches, hoffnungsfrohes Leben in die Reihen der Mitglieder ein. Die von der Zentrale ausgehenden Anweisungen für die Agitation wurden überall da, wo man sich seiner Pflicht unserer Bewegung gegenüber bewußt war, durchgeführt. Ferner hat unsere vorjährige Generalkonferenz lebend und befruchtend auf die ganze Agitation eingewirkt. Der Geschäftsbericht sowie der Verlauf der Generalkonferenz haben bewiesen, daß wir innerlich gefestigt aus der Krise hervorgegangen sind und keine Ursache haben, pessimistische Gedanken aufkommen zu lassen.

Wenn auch dies begünstigend auf den Mitgliederzuwachs gewirkt hat, so ist doch das wichtigste nicht außer acht zu lassen, nämlich die Kleinarbeit. Die aus den Jahresberichten verschiedener Ortsgruppen zu ersehen ist, hat uns gerade die Hausagitation, die im vierten Quartal abgehalten wurde, den Hauptmitgliedszuwachs gebracht. Der Gedanke von dem Nutzen einer gut vorbereiteten und durchgeführten Hausagitation, muß noch mehr Eigentum der einzelnen Vorstände und Verbandsfunktionäre werden. Wenn es dem christlichen Textilarbeiterverband möglich war, durch eine durchgreifende Hausagitation, seine Mitgliederzahl von 30 451 auf 41 916 zu erhöhen, so muß ein gleiches auch in unserem Verbande möglich sein. Ebenfalls gewann der Gewerkschaftspräsident Bergarbeiter im Saarrevier durch die Hausagitation neuerdings wieder 2000 neue Mitglieder. Es muß unser aller ernstlicher Voratz sein, ehe das Jahr 1911 sein Ende erreicht hat, müssen wir das erste 50 000 an Mitgliedern überschritten haben! Diese Etappe auf dem Wege unserer Weiterentwicklung kann und muß erreicht werden, wenn jeder Kollege das seinige dazu beibringt.

Es ist nun vor allen Dingen eine unserer ersten und dringendsten Aufgaben, die neu gewonnenen Mitglieder zu erhalten und sie zu richtigen Gewerkschaftlern und weiter zu Agitatoren für unsere Sache heranzubilden. Je stärker unser Verband an Mitgliedern wird, desto größer muß auch das Heer der Agitatoren werden. Das Interesse für den Verband muß ständig wach gehalten werden. Wir müssen mehr wie bis-

her aus uns heraus; dazu bietet ja auch der Sommer eine reichlich günstiger Gelegenheiten. Läßt der Versammlungsbefehl zu wünschen übrig, droht das gewerkschaftliche Leben einzuschlafen, so müssen eben den Umständen entsprechende andere Mittel und Wege eingeschlagen werden. Wie man im Herbst daran geht, Winterprogramme aufzustellen, ebenso gut lassen sich im Frühjahr Sommerprogramme aufstellen. Man hat voriges Jahr an vielen Orten den Versuch gemacht, Massenkundgebungen durch Versammlungen unter freiem Himmel zu veranstalten und teilweise gute Erfahrungen gemacht. Wenn sich auch nicht überall nach einem Schema arbeiten läßt, so lassen sich doch allerlei Mittel und Wege ausfindig machen, um auch im Sommer unsere Sache vorwärts zu bringen. Es drängt den Arbeiter, der die ganze Woche im Hütten- und Fabrikbau arbeitet, Sonntags ins Freie. Was liegt da näher, als diesen Drang auch wieder für unsere Agitation nutzbar zu machen. Statt über schlecht besuchte Versammlungen zu klagen, veranstalte man einmal den einen oder anderen Sonntag einen Marsch oder Spaziergang in die Umgebung, mit Raft und gewerkschaftlicher Ansprache. Bei dieser Gelegenheit kommen wir auch an die Frauen und an die Jugend heran, was uns im Winter oft schwer fällt. Als Ausflugsort nimmt man am besten die Orte, wo man bisher von christlichen Gewerkschaften noch wenig kannte. Man macht dadurch auf unsere Sache aufmerksam. Man kann bei dieser Gelegenheit Ernst mit Humor verbinden. Mit derartigen Veranstaltungen haben unsere Kollegen mancherorts gute Erfahrungen gemacht. Jedenfalls haben Veranstaltungen in Gottes freier Natur, wenn sie richtig ausgenutzt werden, neben dem hygienischen auch einen kulturellen Wert. Die Bewegung im Freien, das Einatmen frischer Luft, die Betrachtung der Naturschönheiten haben für viele Kollegen eine ganz andere Anziehungskraft, als das mit Tabakrauch gefüllte Versammlungskloster. Besonders dem Stadtbewohner, der nur den Weg von und zur Werkstätte kennt, tut eine derartige Erholung doppelt not. Die zwanglose Unterhaltung bringt uns mehr Nutzen als eine trocken verlaufene Versammlung. Wo das Interesse für solche und ähnliche Veranstaltungen noch nicht vorhanden ist, muß es geweckt werden. Ein weiteres wichtiges Moment für die Agitation ist die richtige Ausnutzung der Bewegungen, die im Sommer in verstärktem Maße auftreten. Hier muß sofort beim Anfang einer Bewegung die nötige Klein- und Aufklärungsarbeit einsetzen. Wenn wir uns auch von den roten Terroristen und „Freiheitskämpfern“ des Zwanges unterscheiden, so muß doch die alte übertriebene Rücksichtnahme endlich ein Ende haben. So wie es in Wirklichkeit keine Ursache gibt, sich als Arbeiter von der Organisation fern zu halten, so gibt es für den Agitator keine Ursache, es bei dem einen oder anderen Indifferenten an Aufklärung fehlen zu lassen. Die Aufklärung muß andauernd sein. Steht Tropfen höflich den Stein.

Wenn obige Ausführungen von den leitenden Kollegen beachtet werden, dann ist es sicher, daß wir auch im Sommer einen thätigen Ruck nach vorwärts tun. Nach einer derartigen „gewerkschaftlichen Sommerfrische“ wird dann der überzeugte Gewerkschaftler erfrischt und geträgt mit doppeltem Eifer und doppelter Ausdauer an die gewerkschaftliche Winterarbeit herantreten. Also auf zur Tat! Arbeit ist Leben und Fortschritt.

Aus der Arbeiterbewegung.

Die Hauptversammlung des Landesverbandes der Evangelischen Arbeitervereine im Königreich Sachsen.

Am 18. und 19. März unter überaus zahlreicher Beteiligung aus allen Landesstellen in Durgau im Erzgeb. statt. Von den 110 Vereinen des Verbandes waren 90 durch etwa 200 Delegierte vertreten. Die benachbarten Vereine hatten außerdem zahlreiche Gäste entsandt. Am Sonntagabend wurden nach kurzer Begrüßung eine Anzahl Anträge erlegt, die zum großen Teil organisatorischer Natur waren. Ein Antrag, der die Verhandlung des Themas „Arbeiter-Ein und Schule“ im Verbandsblatte forderte, wurde im Interesse der geistlichen Mitarbeit der Geistlichen und der Lehrer in dem Sinne abgelehnt, daß in der Frage der Reform des Religionsunterrichtes der Landesverband wie bisher strengste Neutralität wahrt, im übrigen aber der Schriftleitung freie Hand gelassen wird. Einleitend der Verbandspresse wird in Aussicht genommen, dem Landesverbandsorgane lokale Beiblätter für die Kreisverbände beizugeben, die die besondere Aufgabe haben sollen, der sozialdemokratischen Presse

Metall-Legierungen.

II.

Zu den wichtigsten Metalllegierungen gehören die sogenannten Bronzen, die in der Hauptsache aus Kupfer und Zinn in überaus wechselnden Mengenverhältnissen bestehen, wobei aber das Kupfer immer den Hauptbestandteil der Legierung ausmacht. In vielen Fällen werden zu den Bronzen jedoch noch andere Metalle, namentlich Zink oder auch Blei beigemengt, um gewisse Eigenschaften, wie Dämmfähigkeit, leichte Schmiedbarkeit, leichte Bearbeiten durch Meißel und Feile zu erzielen. Zudem verringert sich, was in der Praxis nicht zu unterschätzen ist, der Herstellungspreis für die Bronze durch Zusatz von Zinn oder Blei ganz bedeutend; diese beiden Metalle treten nämlich in der Hauptsache an die Stelle des Zinns. Zinn ist aber durchschnittlich siebenmal so teuer als Zink und etwa 14- bis 15 mal so teuer als Blei. (Angenommenlich kostet z. B. Zinn etwa 380 Mark, Zink hingegen bloß 49 Mark, und Blei gar nur 26 Mark pro 100 Kg.)

Weniger sind schon im grauen Altertum bekannt gewesen und werden dort zu den verschiedensten Gebrauchsgegenständen und auch zu Münzen verwandt. Die chemische Untersuchung dieser alten Bronzen hat ergeben, daß diejenigen, welche von den Griechen stammten, nur Kupfer und Zinn enthielten, während die römischen Bronzen vielfach mit Zinn und Blei vermischt waren. Man kannte wohl im Altertum das metallische Zinn noch nicht; das Vorhandensein desselben in den Bronzen ist nur dadurch zu erklären, daß man, ohne es zu wollen, zinnhaltige Erze, namentlich Galmei, bei der Herstellung von Kupfer mit den Kupfererzen verschmolz.

Man kann die Bronzen nach Art ihrer Verwendung etwa folgendermaßen einteilen:

1. Geschützbronze. Derselbe besteht aus etwa 90 Prozent Kupfer und 10 Proz. Zinn. Diese Bronze wurde seit dem 14. Jahrhundert bis in die neueste Zeit hinzu zur Herstellung der Bronzegeschütze benutzt. In den

letzten 50 Jahren ist aber der Geschützbronze ein gefährlicher Nebenbuhler in dem Ziegel-Gußstahl erwachsen, den die Firma A. Krupp in Essen eingeführt hat.

2. Münzenbronze. Diese besteht aus 95 bis 97 Prozent Kupfer, 3-5 Proz. Zinn, dabei wird immer, um die Gießbarkeit zu erhöhen, noch etwa 1 Proz. Zink hinzugefügt. Die deutschen Kupfermünzen enthalten 95 Proz. Kupfer, 4 Proz. Zinn und 1 Proz. Zink. Ähnliche Zusammensetzungen enthalten auch die Kupfermünzen der übrigen Staaten.

3. Glockenbronze. Derselbe besteht durchschnittlich aus 80 Proz. Kupfer und 20 Proz. Zinn. Andere Zusätze, namentlich von Zinn und Eisen verschlechtern nur das Glockenmaterial; noch mehr sind Zusätze von Wismut zu vermeiden, da der Klang verschlechtert und die Sprödigkeit des Glockenmetalls vermehrt wird, sobald unter der Einwirkung der immer wiederkehrenden Klänge Schläge, namentlich bei Frostwetter, leicht Spalte entstehen könnten. Daß eine Beimengung von Silber im Grunde wäre, den Klang der Glocken zu erhöhen, ist ein längst widerlegter Irrtum, und alle, wegen ihres Klanges berühmte Glocken, welche man für silberhaltig gehalten hatte, zeigten, wie wir den lehrreichen Ausführungen von Dr. F. Wüst in seinem Buche „Legierung und Künste“ (Weimar 1895) entnehmen, bei der chemischen Untersuchung keine Spur dieses Metalls.

Schon im Mittelalter wurden sehr große Kirchenglocken aus Glockenbronze hergestellt; man hat es hier mit ganz stammenswerten Leistungen zu tun, welche heute noch die Bewunderung nicht nur des Laien, sondern auch des Fachmannes erregen. Lecher (Die Legierungen, Berlin 1890) macht einige Angaben über das Gewicht älterer und neuerer Glocken wie folgt: Im Jahre 1653 wurde in Moskau eine Glocke gegossen, welche ein Gewicht von nicht weniger als 270 000 Kilogr. hatte und einen Durchmesser von ungefähr 7 Meter. Eine andere Moskauer Glocke wiegt 80 000 Kilogr. Die Kaiserglocke in Köln hat nur 27 000 Kilogr. Gewicht.

4. Funktionbronze. Die Zusammensetzung derselben

ist sehr verschieden und wechselnd; oft ist der Gehalt an Zinn so gering, daß man von Bronze eigentlich gar nicht mehr sprechen kann. Die Zusammensetzung der Bronze ändert sich mit ihrer Verwendung, denn zu erzielenden Preise und mit vielen anderen Umständen. Eine Bronzeplatte, die in einem geschlossenen Raume aufgestellt findet, kann ganz andere Zusammensetzungen haben, als Bronzen, welche den Einflüssen der Witterung ausgesetzt sind. Im letzteren Falle überzieht sich die Bronze nach einiger Zeit mit einem grünen Überzuge, welcher unter dem Namen „Patina“ bekannt ist. Dieses Patina entsteht durch die Einwirkung des Luftsaurestoffes und der Feuchtigkeit der Luft auf die betreffenden Metalle, welche die Legierung bilden. Nach ihrer chemischen Zusammensetzung sind es Oxide der einzelnen Metalle, da auch die Kohlensäure der Luft mitwirkt, entstehen kohlen saure Salze, die eine ähnliche Zusammensetzung haben wie der sogenannte Grünspan.

5. Maschinenbronze. Derselbe wird mit Zinn, Zink oder Blei vermischt und wird durch den wechselnden Zusatz von Zinn, Zink oder Blei oder noch anderen Metalle der Härtegrad der Maschinenbronze reguliert, daß dieselbe weicher als Eisen ist; diejenigen Teile der Maschine, welche am leichtesten auszuwechseln sind, stellt man daher mit Vorliebe aus Bronze her, Schieber, Excenter, Lager, Ventile usw. Die Maschinenbronze findet auch an Stelle von Eisen aus dem Grunde oft Verwendung, weil Eisen leicht rostet, während Bronze gegen die Einflüsse des Wassers und der Luft viel widerstandsfähiger ist.

Im Schlusse wäre noch die Spiegelbronze zu erwähnen. Derselbe besteht aus etwa 60 Proz. Kupfer und 40 Proz. Zinn. Im Altertum, als man unsere modernen Glaspiegel noch nicht kannte, wurden ausschließlich aus Spiegelbronzen hergestellte Metallspiegel benutzt. Ein bei Mainz gefundener römischer Metallspiegel hatte nach Lecher (Metallverarbeitung, Braunschweig 1882) eine Zusammensetzung von 63,4 Teilen Kupfer, 19 Teilen

(Fortsetzung 5. Seite.)

Einnahmen

Ausgaben

Main financial table with columns for Ortverzeichnis, Bestand am Ort, Beiträge, and various expense categories like Gemeindefürsorge, Unterhaltung, etc.

*) Reuegründet über von einer anderen Ortsgruppe abgetrennt. **) Eingegangen über mit einer anderen Ortsgruppe vereinigt. f) In dieser Summe sind 4642,70 M. für verkaufte Bücher und Schriften, 15195,34 M. Sammelgelber für...

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Jahr 1910.

Summary table for main cash account showing Einnahmen (Total 49559,20) and Ausgaben (Total 534011,78).

Table for Verwaltungskosten (Administrative Costs) showing Gehälter der Bürobeamten (13617,05) and other expenses, totaling 756,15.

Kassenbestand am 31. 12. 1910 . . . 2806,06

Table for Bekanntheitabschluss für das Jahr 1910, showing Einnahmen (Total 49559,20) and Kassenbestand in den Verwaltungsstellen (61307,96).

Table for Ausgaben (Expenses) showing costs for Bezirksleitung, Agitation, and other administrative functions, totaling 4705,31.

Kassenbestand am 31. 12. 1910 . . . 2806,06

Table for Vermögensnachweis (Asset Statement) showing Kassenbestand am 31. 12. 1910 (2806,06) and other assets, totaling 61307,96.

Duisburg, den 13. April 1911. fr. Wieber, Heiner Hirskiefer, Chr. Kloft, A. Latrich, E. Herzog, Hauptkassierer.

entgegen zu treten. Nach einem gemeinsamen Rückgang am Sonntag fand die Hauptversammlung der Sterbekasse statt, während die Krankenkasse des Verbandes diese vor der Sonntagabend-Sitzung abgehalten hatte. Das Mittagsmahl vereinigte die meisten Teilnehmer der Tagung, worauf der Landesverbandsvorsitzende, Herr Pfarrer Drechsler, H. Schachy, die eigentliche Hauptversammlung eröffnete. Gefang und Gebet, Lühelnd aufgenommenes Kaiser- und König-Hoch und die Begrüßung der Ehrengäste, die als Vertreter der Regierung, der Gemeinde, der Kirche und der Schule anwesend waren, ging den Beratungen voraus. Als Vertreter der Regierung war Amtshauptmann Fritzsche aus Stollberg erschienen. Danach erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Daran ist hervorgehoben, daß infolge der rührigen Tätigkeit des Agitationsausschusses unter Vorsitz des Herrn Pastor Richter, Königs- walde, den bisherigen zwei Verbandssekretären zwei neue im Hauptamt zugelassen werden konnten, denen ein Pfister am 1. April in Jindlau folgen wird.

Der Landesverband zählt 110 Vereine mit fast genau 18 000 Mitgliedern; er ist im Berichtsjahre um 14 Vereine gewachsen. Immer wieder klagen die Vereine über Terrorismus von gegnerischer Seite. Einen Markstein in der Geschichte des Verbandes bedeutet der 1. sächsische Arbeiter- und Gehilfenkongress in Dresden, dessen Anregung und Durchsührung dem Landesverband viel Arbeit kostete. Der Soziale Ausschuss nahm zur Reichs- wertzuwachssteuer, zur Verkürzung der beschlossenen Zeiten, zur Gleicherstellung, zum Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften durch unbillige und einseitige Tarifverträge und zu den sogenannten gelben Gewerkschaften Stellung. Auch von den einzelnen Vereinen wird praktische soziale Betätigung in partikulären Arbeitsnachteilen, unentgeltlichen Rechtsauskunften, Spar- und Bauvereinen und Fürsorge für die Arbeitslosen berichtet. Oft werden auch Erfolge bei den verschiedenen Wahlen gemeldet. Der Bildung von Jugendgruppen und Arbeiterneuerwerbvereinen soll künftig besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden. Dem Verbandssekretär, Herrn Lehrer Alf. Ziegenfuß, Dresden, wird für seine außerordentlich fleißige, gewandte und unerschöpfende Arbeit der herzlichste Dank ausgesprochen. Der Kassensbericht des Landesverbandes belanctet mit etwa 27 000 M. Den Höhepunkt der Tagung bildete der Vortrag des Ehrenpräsidenten Herrn Pastor Winter, Dresden, über: „Haben wir Ursache, uns den neuen Deutschen Reiches zu freuen“. Mit beifolgender Beifall wurde der Vortrag aufgenommen, und spontan brauste danach das deutsche Sturmbild „Deutschland, Deutschland, über alles“ durch den Saal. Danach wurde über die Krankenkassenunterstützung und Sterbekasse des Landesverbandes berichtet. Die Krankenkassenunterstützung schließt ab mit ca. 40 000 M., die Sterbekasse mit ca. 50 000 M. Vermögen.

Die Hauptversammlung lenkt die Aufmerksamkeit der Vereine auf die bevorstehenden Reichstagswahlen. Sie ist der Meinung, daß die evangelischen Arbeitervereine bei diesen keine andere Stellung als die bisherige einnehmen können und weißt die von verschiedener Seite daran gelibte Kritik zurück. Unsere Vereine stehen auf vaterländischem und christlichem aber nicht parteipolitischen Boden. Mitglieder aller bürgerlichen Parteien haben in ihnen stets friedlich und freundschaftlich zusammen gewirkt. Sie werden deshalb für die Hauptwahlen keine andere Forderung haben als diese: Unsere Mitglieder wählen unter keinen Umständen sozialdemokratisch. Die Abstimmung für einen sozialdemokratischen Kandidaten, den wir als solchen für einen Christentumsgegner und für national unzuverlässig halten müßten, würde für sie eine Verleugnung unserer Bestrebungen bedeuten. Dagegen bleibt es ihnen überlassen, zu entscheiden, welcher von den nationalen Kandidaten den gerechten Wünschen der Arbeiter am meisten entgegenkommt und dann diesem ihre Stimme zu geben. Die Vereine als solche können zunächst für keinen Kandidaten eine agitatorische Tätigkeit entfalten. Dagegen ist von ihnen zu erwarten, daß sie in einer etwaigen Stichwahl mit voller Kraft für den nationalen Kandidaten wirken.

Ebenso einstimmig wurde folgender Zusatz zu der Resolution angenommen: „Hinsichtlich der Kandidatur des Landesverbandsvorsitzenden Herrn Pastor Richter-Königsvalde im Reichstagswahlkreis Frankenberg-Mittweida erachtet es der Landesverband als selbstverständlich, daß seine Mitglieder mit aller Kraft für dieselbe eintreten, um dadurch einen tatkräftigen und zielbewußten Vertreter unserer Anschauungen in den Reichstag zu entsenden. Falls die Kandidatur des

ehemaligen Schriftleiters unseres Verbandsblattes, des Herrn Pastor Krupp, Weitzen, zur Sprache wird, gilt dieser Beschluß auch für dieses hervorragende Vereinsmitglied.“

Eine weitere Resolution beschäftigte sich mit der Stellung des Landesverbandes zu den gelben Gewerkschaften. Den Arbeitgebern wird darin nahegelegt, im Interesse der Wohlfahrt von Staat und Reich auf die Förderung der nicht auf dem Boden des freien Koalitionsrechtes stehenden gelben Organisationen zu verzichten. Den Schluß der Tagung bildete die weitere Behandlung von Anträgen organisatorischer Natur und Resolutions für den Vorstand. Am Abend gab der Arbeiterverein Durgau den Vertretern ein prächtig verlaufenes Fest. Der Verlauf der ganzen Tagung befandete aufs neue, daß die evangelische Arbeitervereinsbewegung einem dringenden Bedürfnisse weiter Volkstrelke entgegenkommt und im unaufhaltsamen Vormarschschreiten begriffen ist.

„Dies Kind — kein Engel ist so rein!“

Als bei Beratung des Etats des Reichsamts des Innern im Reichstag auch die sich häufenden Fälle von Terrorismus der „Genossen“ gegen andersdenkende Arbeiter besprochen und beurteilt wurden, da erhob sich der sozialdemokratische Abgeordnete Hoch, um „alle verantwortlichen Stellen in der (roten) Arbeiterbewegung“ von aller Schuld frei zu sprechen. Nach einem Bericht in der sozialdemokratischen Presse sagte er unter lebhafter Zustimmung seiner Parteigenossen wörtlich: „Was sollen solche vereinzelte Fälle sagen? Alle verantwortlichen Stellen in der Arbeiterbewegung sind auf alle Weise bestrebt, solche bedauerlichen Entgleisungen zu unterbrechen und die Arbeiter zur Selbstherrlichkeit zu erziehen.“

Das hört sich ja soweit ganz schön an, allein — das Gerede des roten Volkstribunen war eben leeres Gerede; die Tatsachen reden eine andere Sprache. Das sozialdemokratische Zentralorgan, der „Vorwärts“, stellte in seiner Nr. 192 vom Jahre 1907 den Terrorismus als ein erlaubtes und kulturförderndes Mittel hin.

Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Bäckerverbandes, Allmann, schrieb im Jahre 1905 in der sozialdemokratischen „Widerzeitung“: „Der Terrorismus der Gewerkschaften ist hochmoralisch, weil kulturfördernd, wenn auch der Drache des Strafgesehbuchs daneben lauert.“

Die sozialdemokratische Mandantiner „Vollstimme“ schrieb ausführlich des vorigen Hafenarbeiterstreiks im Jahre 1906 unter anderem: „Sie (die Christlichen) verdienen nicht, unter die christlichen Arbeiter gezählt zu werden, sondern es muß endlich einmal begonnen werden, mit dieser Gesellschaft aufzuräumen.“ Und an anderer Stelle: „Dem christlichen Arbeiter muß das letzte Stück Brot aus der Hand geschlagen werden.“

Eine Versammlung der sozialdemokratischen Metallarbeiter der Firma Bosch in Stuttgart nahm am 7. März 1910 eine Resolution an, worin es hieß:

„Von den organisierten Kollegen erwartet die Versammlung, daß sie Kollegen, die in das Gewerkschaft eintreten, nur dann Beihilfe angeben lassen und Verkehr mit ihnen pflegen, wenn dieselben ihren Beitritt oder ihre Mitgliedschaft im Deutschen Metallarbeiterverband nachzuweisen in der Lage sind. Kollegen, die nicht im obigen Sinne organisiert sind, werden entsprechend behandelt.“

Und die doch auch wohl nicht gerade zu den unverantwortlichen Stellen in der Arbeiterbewegung zählende Redaktion der „Volke Mitteilungen an die Mitglieder des Deutschen (sozialdemokratischen) Metallarbeiterverbandes, Verwaltungssitzstelle Camnabst“, bemerkte in ihrer Nummer vom 4. April 1910 zu dieser Resolution: „Die Durchführung obiger Resolution könnte auch für andere Betriebe nichts schaden.“

Die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“ schrieb in ihrer Nr. 5/1911: „Ankann keine allgemeine Regel darüber aufstellen, ob es zweckmäßig ist, Mitglieder gegnerischer Organisationen von der Beschäftigung in tarifstreuen Betrieben auszuschließen. Das muß von Fall zu Fall entschieden werden.“

Der Gewerkschaftler Stod vom Gau VIII des sozialdemokratischen Tabakarbeiterverbandes ist ebenfalls „auf alle Weise bestrebt . . .“ Darum schrieb er an seinen Unteragitator, den Zigarrararbeiter Johann Wächner in Reilingen folgenden Schreibbrief:

„Werter Kollege! Die Versammlung in Philippsburg findet am Sonntag, den 19. März statt, ich habe dies nach dort mitgeteilt.“

Die Christlichen werden es noch mehr versuchen, diese Schlappschwänze. Wenn am Sonntag die Christen Besammlung haben, dann geht nur hin und räume ein mal gründlich auf. Ihr habt ja genügend Leute oder halt Euch im Gedanken noch welche. Ich spreche am Sonntag in Hohesbach und Kirchheim. Vor allem steht in der Besammlung, daß auch unsere Leute vertreten sind und Euch bei Eintritt in die Besammlung die Axtzeit freigestellt wird. Wenn Ihr am Sonntag die Axtzeit gut bestreht, dann werden die Christen zusammenschmelzen . . .“

Diese Auslassungen von „verantwortlichen Stellen in der (sozialdemokratischen) Arbeiterbewegung“ beweisen das Gegenteil von dem, was der Abgeordnete Hoch im Reichstage ausprühlte. Sie zeigen mit aller Deutlichkeit, daß diese Stellen nicht nur nicht „auf alle Weise bestrebt sind, solche bedauerliche Entgleisungen zu unterbrechen“, sondern daß im Gegenteil bestrebt sie zum Terrorismus mehr oder minder aufzufordern. Daß aber die Leiter der roten Presse sich den aller Wahrheit hörensprechender Hochhoden „R.H.“ widerspruchslos fernreden lassen, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Resultate der roten „Erziehungs“arbeit. Christliche Arbeiter lassen sich durch rote Phrasen nicht blenden — weil sie sich ihre gesunde Urteilsfähigkeit bewahrt haben.

Rudolf Han.

Die christlichen Gewerkschaften im Ausland machen Fortschritte. In Oesterreich haben unsere Gesinnungsgenossen im vergangenen Jahre einen Mitgliederzuwachs von circa 3000 aufzuweisen. Wie das Verbandsorgan „Der christliche Gewerkschaftler“ in einem Jahresrückblick mitteilt, haben alle Verbände an dieser Zunahme Anteil. Diese aufblühende Entwicklung ist unwiderräglich, als Oester-

reich noch 1910 stark unter der Wirtschaftskrise zu leiden hatte und die sozialistischen Gewerkschaften gemäß eigenen Angaben einen Mitgliederverlust von 10 000 verbuchen mußten. Noch ungünstiger für die sozialdemokratische Richtung fällt ein Vergleich in Belgien aus. Hier hatten die christlichen Gewerkschaften laut einer im September 1910 aufgenommenen Statistik einen Mitgliederzuwachs von nicht weniger als 22 Prozent zu verzeichnen. Auf dem sozialistischen Gewerkschaftskongress (Brüssel, 1910) mußte dagegen deren Generalsekretär eine Abnahme der Mitglieder von 74 000 im 1909 auf 68 513 im 1910 zugeben. Der Rückgang beträgt also 8 Prozent, von dem in der Hauptsache die Bergarbeiterorganisation betroffen ist. Den christlichen Gewerkschaften haben sich in letzter Zeit die Diamantarbeiter in größerer Anzahl angeschlossen, die auch schon ein Sekretariat mit dem Sitz in Turnhout errichten konnten.

Der Hanfabund will die Streiklausel wie der einführen. Wie in aller Welt, so werden unsere Kollegen fragen, kommt denn der fortschrittliche Hanfabund, der Handel und Gewerbe eine freibillige Casse haben will, zu einem solch reaktionären Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter? Ja, es ist so, der Hanfabund macht einen Gesetzentwurf über das Verbindungsrecht im Deutschen Reich. In dem Entwurf steht die Lohnlausel, d. h. die indirekte Gewinnung von Einfluß seitens des Vergebers der Arbeiten auf das Arbeitsverhältnis ist gar nicht berücksichtigt. Dafür ist aber die Streiklausel wieder eingeführt, d. h. bei Streiks und Ausperrungen braucht der Unternehmer den Termin der Fertigstellung der Arbeit nicht inne zu halten. Mit Recht schreibt dazu die „Sächsische Volkszeitg.“, daß sei direkt unsozial und eine einseitige Stellungnahme zu Gunsten der Arbeitgeber. Na, auch der Hanfabund lockt mit Wasser.

Eine Gewinnbeteiligung hat die R. H. Höpferer Volkswirtschaft, nach dem Bericht der hannoverschen Gewerbeinspektion, eingeführt. Die Arbeiter sollen für die Folge einen ebensoviel prozentigen Lohnzuschlag erhalten, als die Aktionäre über 4 Prozent Dividende hinaus beziehen. Das Werk hat von 1886 bis 1909 insgesamt 219 Proz. aber durchschnittlich 9 Prozent Dividende verteilt. Im Jahre 1909 betrug sie 14 Prozent. Falls sie 1910 ebenso hoch ist, kommt immerhin für den einzelnen Arbeiter eine jährliche Summe — bei 1200 M. Lohn 120 M. — heraus. Die Einrichtung ist nachahmenswert, wenn eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt sind: genügender Einfluß auf die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Anrecht auf die Gewinnbeteiligung für die jeweilige Beschäftigungsdauer, auch bei Lösung des Arbeitsverhältnisses u. a. m. Stud diese nicht erfüllt, dann ist die eingeführte Gewinnbeteiligung eine „Vollfabrikation“, wie Pensionskassen, Wertwohnmengen u., die als goldene Kette zur Anbahnung der Arbeiter dienen.

Krupp und Stinnes machen sich Konkurrenz im fusionieren. Kaum hat Krupp die Westf. Drahtindustrie für 30 Jahre unter seine Kontrolle gebracht, und Stinnes schlägt denselben Weg ein. Es kommt etwas schnell auf einander bei ihm. Kaum hat er die Dortmunder Union und einige Kohlenzechen an Deutsch-Eugenburg angegliedert, und jetzt sollen die Ahmelinger und die St. Ingberter Hochöfen dran glauben. Zwischen ihnen und Deutsch-Eugenburg soll eine Interessengemeinschaft geschlossen werden auf derselben Grundlage wie die zwischen Krupp und der Westf. Drahtindustrie.

Die deutschen Aktiengesellschaften sind im Jahre 1910 nach den Feststellungen des Kaiserlich Statistischen Amtes um 186 mit rund 230 Millionen Mark nominellen Aktienkapitals vermehrt worden. Hieron sind 68 mit rund 102 Millionen Mark Aktienkapital Umwandlungen schon bestehender Werke in Aktiengesellschaften. Kapitalerhöhungen im Betrage von ungefähr 800 Millionen Mark nahmen 340 Aktiengesellschaften vor; während 100 Gesellschaften ihr Kapital um 64 Millionen Mark herabsetzten. Insgesamt waren am 31. Dezember 1910 5661 Aktiengesellschaften vorhanden mit 15 1/2 Milliarden Mark Aktienkapital. Davon waren 236 mit 400 Millionen Mark Aktienkapital in Konkurs oder Liquidation.

Das angeblich „bestredigierteste“ Gewerkschaftsblatt von dem Verband „mit Vertrauen“, legte letzten eine Probe seines Könnens ab, die wir unseren Kollegen nicht vorzuthalten wollen. Eine Artikelserie des Guttenbergbuches im „Typograph“, die der sozialdemokratischen Buchdruckerverband in Lebensgröße zeichnet, hat den Korrespondent so in Karntisch gebracht, daß er schimpft wie ein Marktwelt.

„Redakteurjungling“ — „Gehilfenmabel“ — „trefflicher Josef“ — „gottvoller Drefferl“ — „Glabbacher Bögling“ — „geifernder Finsterling“ — „gefühlsloser Mensch“.

Das sind so einige Kolimen aus dem Buchen, den der Korrespondent seinen Lesern serviert, um den Gutenbergsbund zu vergiften.

„Hier sind Sie nur Arbeiter, weiter nichts!“ Das Personal der sozialdemokratischen Arbeiterzeitung in Offen war nach Zeitungsmeldungen infolge einer verweigerten Lohn- erhöhung arg verärgert. Die Geschäftsleitung des roten Blattes glaubte nun die Wahrnehmung gemacht zu haben, daß die Setzer die Köpfe häufiger zusammen stecken als nötig sei. Es wurde daher beschlossen, die Setzer durch den Faktor überwachen zu lassen. Der Aufpasser sah nun einen Setzer ab, der 10 Minuten zu spät kam und sprachte ihn deswegen zurecht. Der Setzer verteidigte sich und meinte: „Wir sind hier doch nicht bei Krupp, sondern in einem sozialdemokratischen Betrieb.“ Da kam er aber schon an. Vom technischen Leiter der sozialdemokratischen Offenener Arbeiterzeitung wurde der Setzer so seiner Kaditität wie folgt belehrt:

„Das ist ganz egal, ob sie bei Krupp oder in einem sozialdemokratischen Betriebe sind, hier haben Sie Ihre Pflicht zu tun. Den Genossen lassen Sie läßlich drauzen, hier sind Sie nur Arbeiter, weiter nichts!“

Ob solcher Brüderlichkeit waren die sozialdemokratischen Jünger Gutenbergs hoff und der Streik hielt seinen Einzug in den Tempel der roten Schwarzkunst. Schlimmer wird man auch in Oßleben und Saarabien nicht angebetet, dachten die Buchdrucker; sie ließen Arbeiterzeitung, Arbeiterzeitung sein, und mußte diese infolge dessen ihr Erscheinen einstellen. Ingrischen ist der Hß ja wieder überleitet worden und der „Raulnar“ wühlte wieder lustig weiter und schimpft über die Unterdrückung der halbverhungerten Proletarier durch die Kapitalisten. Zu dem Ruch selbst sollen die Tarifanstrengen der Buchdrucker das letzte Wort sprechen. Die Brüderlichkeit und Gleichheit der Sozialdemokraten ist also auch in Offen

zinn und 17,3 Teilen Blei. In neuerer Zeit sind die Bronzespiegel als Gebrauchsgegenstand ganz verdrängt worden und durch die billigeren Glaspiegel ersetzt. Nur für optische Instrumente findet augenblicklich die Spiegelbronze noch Verwendung.

Eine eigene Art von Bronzen stellen die Phosphorbronzen, die Magnanbronze und die Stümbromze dar. Unter Phosphorbronze wird gewöhnlich eine Bronze verstanden, welche vor ihrer Verwendung einen Reinigungsprozess durchgemacht, zu welchem Phosphor verwendet wurde. Das Phosphor hat den Zweck, in dem Metall gelöste Oxide zu entfernen und auf diese Weise das Metall härter und widerstandsfähiger zu machen. Unter Oxiden versteht man Verbindungen der Metalle oder auch Nichtmetalle mit Sauerstoff. Gibt man nun zu den Legierungen einen Körper, der größere chemische Anziehungskraft zu dem Sauerstoff besitzt, als das betreffende Metall, so verbindet sich der zugelegte Körper, in vorliegendem Falle der Phosphor, mit dem Sauerstoff und das Metall wird vom Sauerstoff befreit. Ebenso wie mit Phosphor kann man Metalle und Metall-Legierungen auch mit Mangan oder mit Silicium reinigen. Gewöhnlich soll in den Bronzen einer dieser Körper vorhanden sein, da diese den Wert der Bronze beeinträchtigen; in manchen Fällen ist jedoch ihre Gegenwart von Nutzen, beispielsweise bei der Manganbronze, bei welcher das Mangan bis zu einem gewissen Grade eine Steigerung der Festigkeit und Härte hervorruft.

Unter Manganbronze, welche erst in den letzten Jahrzehnten zur Bedeutung gelangt ist, versteht man eine Legierung aus Kupfer und Manganium von verschiedener Zusammensetzung, doch beträgt der Gehalt an Manganium selten über 10 Proz. Der Vorzug der Manganbronzen besteht hauptsächlich in ihrer hohen Widerstandsfähigkeit gegenüber den Einflüssen der Luft, wie auch gegenüber den Chemikalien, namentlich Säuren, Chlor, Ammoniak, verdünnten Laugen u. Diese Bronze findet vielfach dort Verwendung, wo es sich darum handelt, die Festigkeit des Metalls, seine Dehnbarkeit und namentlich seine Widerstandsfähigkeit gegen Luft und Säuren u. zu erhöhen.

nicht mehr wahr. Es ist halt überall so, vom Vordwärts angefangen bis zum letzten roten Winkelblättchen. Im Betrieb will man nicht den Genossen, sondern den Proletarier; wie heißt's sonst: „Blutjäger“, „unterbender Mehrenwertschlucker“, „die Produktionsmittel müssen wir vergesellschaftlichen“ usw. Ob der Essener „Parteilager“ nun auch den Buchdrucker ein Blättchen auf dem „Parteilager“ einräumen wird? — Tollig aber wirkt es auf den unbefangenen Beobachter, wenn der Vordwärts über den Essener Fall so nebenbei bemerkt: „... doch ist es natürlich selbstverständlich, daß die Verträge in der Drunderlei selbst Essener Parteilager bessere sind, als bei irgend einer anderen Zeitung am Orte.“ „Selbstverständlich“ würden waschechte Genossen auch solche „Kübel“ widerspruchlos herunter.

Vorsicht! Vorbeeren windet sich die Sozialdemokratie gern um schwarze Haupt. Wenn ihr einmal aus irgend einem Winkel der bürgerlichen Welt ein Vorgesendet wurde, nahm sie schmunzelnd „Kleinbild“ davon. War es aber gar mal ein „Großer“ aus der sonst so behafteten „göttlichen Weltordnung“, dann schlug die ganze „Genossenschaft“ Purzelbäume vor Freude und ein Raunen und Mäuschen ging durch den roten Wäldchen: „Seht mal, was für patente Kerle wir sind!“ Ja, die „Genossen“ hingen derartig nach Anerkennung, daß sie unbefangenen übernehmen wird, aus dem sich ein Quantität Weichheit herausdrücken läßt. Daß der Heißhunger sich leicht den Mund verbrennen kann, ist bekannt — und so blieben denn auch dem postillierten Ehrgeiz der Genossen die schönsten Vereinfälle nicht erspart. Man behauptet ja wohl von einem gewissen, nicht gerade im Rufe großer Intelligenz stehenden Grantier, daß es mit Vorsicht die Stellen passiere, wo es sich einmal den Kopf gestossen habe. Wenn man „Genossen“ einmal um jeden Preis „Vorbeeren“ ergattern wollen, ist ihnen die Vorsicht dabei hinderlich im Wege — und die Folge davon?

Vor einiger Zeit wurde in der roten Presse in behaglicher Breite konstatiert, der Erzbischof von Lemberg habe in einem Girten schreiben die Sozialisten in anerkennender Weise „die ersten Verste“ sozialer Uebel genannt. Diese Notiz wurde u. a. auch von der Breslauer „Volkswacht“ gebracht. Die „Oberösterreichische Zeitung“ in Wien ging der sozialdemokratischen Behauptung auf den Grund und fand heraus, daß das sozialdemokratische „Zitat“ eine ganz gewöhnliche Fälschung sei. Die „Volkswacht“ will sich nun herauswinden und verbirgt sich hinter dem bürgerlichen Professor Bernhard, in dem sie sagt:

„Das Zitat ist ja nicht von irgend einem obskuren Sozialdemokraten herausgefunden worden, sondern von Dr. Ludwig Bernhard, der ruhmreiche Berliner Unibersitäts-Professor“

Doch die „Oberösterreichische Zeitung“ läßt auch dieses nicht gelten. Sie bietet dem sozialdemokratischen Blatt fünfzigtausend Mark Belohnung für die genaue Bezeichnung der Stelle in den Girtenbriefen, an der sich das sozialdemokratische Zitat befindet soll. Wir sind gespannt auf die Aeußerungen, die Herr Professor Bernhard dazu zu machen hat. Die „Deutsche Tageszeitung“ glaubt, Professor Bernhard werde nicht umhin können, sich zu dieser Angelegenheit zu äußern, um nicht in einen Verdacht zu geraten, der für einen deutschen wissenschaftlichen Forscher sehr böse wäre. — Die Berufung der sozialdemokratischen Preise auf einen andern, befreit sie aber nicht von dem Vorwurf, daß sie ihren Nimbus mit gefälschten Zitaten zu heben sucht.

Streiks und Lohnbewegungen.

Die Tarifbewegung im Schlossergewerbe in Stuttgart.

Erst in der Nr. 14 unseres Verbandsorgans berichteten wir von dem arbeiterrechtlichen Treiben des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes bei der Stuttgarter Klajachne-Bewegung. In der hart auf diese Bewegung folgenden Tarifbewegung der Kunst- und Bauhölzer Stuttgarts wurde wieder von jener Seite ein Keil in die Arbeiterschaft getrieben. Die Leitung des sozialdemokratischen Verbandes entblödete sich nicht, den christlichen Metallarbeiterverband in einem Schreiben an die Schlossergewerksinnung anzuschreiben. Nach dem Schreiben sollen wir in Stuttgart höchstens ein Tuzen (!) Schlossergesellen in unserem Verband haben. Weiter heißt es dann: „Um nicht wie bei der Klajachnebewegung die Zeit unnütz zu vergeuden, erklären wir im Voraus, daß wir unter keinen Umständen in Anwesenheit der Christlichen verhandeln, und ist es besser, dieselben gar nicht erst zu dem Verhandlungen einzuladen.“

Die Meister verhandeln nun getrennt mit beiden Organisationen. Die Verhandlungen mit dem sozialdemokratischen Verband zeitigte ein Resultat, das wohl von dem Vertreter des sozialdemokratischen Verbandes als annehmbar erklärt worden sein soll, jedoch von der Schlossergewerksinnung nicht angenommen wurde. Die sozialdemokratisch organisierten Schlosser beschloßen nun in den Streik zu treten. Am 7. April verhandelten die Meister mit unserem Verband. Es wurden bedeutende Verbesserungen erreicht. Die in unserem Verband organisierten Kollegen sind mit dem erzielten Ergebnis zufrieden. Der zwischen der Schlossergewerksinnung und dem christlichen Metallarbeiterverband abgeschlossene Tarif hat folgenden Wortlaut:

Tarifvertrag für die Kunst- und Bauhölzer von Stuttgart und deren Gesellen.

- § 1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt nicht über 9 1/2 Stunden; sie beginnt morgens nicht vor 1/2 7 Uhr und endet abends nicht nach 6 Uhr; sie wird unterbrochen durch zwei je viertelstündige Vesperpausen und eine anderthalbstündige Mittagspause.
- § 2. Ueberzeitarbeit ist nach Möglichkeit zu vermeiden, ist solche in dringenden Fällen notwendig, so werden Ueberstunden mit 25 Prozent, Nachtarbeit mit 50 Prozent und Sonntagarbeit mit 100 Prozent Zuschlag vergütet. Als Nachtarbeit gilt die Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens.
- § 3. Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich Freitag abends mit Gehaltszettel.
- § 4. Der Lohn wird mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der Ausbildung der Befähigung und der Leistungen nur nach Leistung bezahlt und beträgt im ersten Jahr nach ordnungsmäßig beendeter Lehrzeit 38—40 Pfg.; im zweiten Jahr nach derselben 40—45 Pfg.; von da ab 45—50 Pfg. Selbständige, ältere Gesellen erhalten 50—60 Pfg. Besonders leistungsfähige Gesellen erhalten einen Lohn nach Vereinbarung von 60 Pfg. an aufwärts. Die jetzt bestehenden Löhne

erfahren eine 5prozentige Aufbesserung, sofern dieselben in diesem Jahre noch nicht bis zu dieser Höhe aufgebessert sind. Bei minderleistungsfähigen und inaktiven Gesellen wird die Befestigung des Lohnes der Vereinbarung zwischen Meister und Gesellen überlassen, jedoch muß der Schlichtungskommission Mitteilung gemacht werden.

Gesellen, die je am 1. April noch in derselben Werkstätte tätig sind, erhalten eine Lohnzuschlag von 1 Pfg. Unfordarkeit ist zulässig, jedoch muß der Stundenlohn garantiert werden.

§ 5. Für Arbeiten außerhalb der Werkstätte im Stadtbezirk Stuttgart wird in den Fällen, wo der Arbeiter durch zu weit von der Werkstätte entfernten Arbeitsplatz größeren Aufwand für Lebensmittel zu bestreiten hat, eine Bauzulage gegenseitig vereinbart.

Außerhalb des Stadtbezirks, einschließlich Untertürkheim und Wangen, wenn nicht übermachtet werden muß, wird ein täglicher Zuschlag von 1 M. für Verheiratete und 80 Pfg. für Ledige gewährt; muß auswärts übernachtet werden, beträgt der Zuschlag für Verheiratete 3 M. und 2 M. für Ledige pro Tag. Ist an Sonn- und Feiertagen die Heimkehr nicht möglich, wird der Zuschlag ebenfalls bezahlt.

Jahreszeit wird als Stuttgarter Arbeitszeit jedoch ohne Ueberstundenzuschlag berechnet und das Jahrgeld bezahlt.

§ 6. Eine Kündigung besteht für beide Teile in der Weise, daß der Austritt nur am Jahrtage erfolgen kann, wenn spätestens am Mittwochabend zuvor von der Lösung des Arbeitsverhältnisses Mitteilung gemacht wird.

§ 7. Die gesetzlichen Arbeitszeitbestimmungen sind von beiden Teilen streng einzuhalten. Insbesondere ist für genügende Ventilation und Heizung in der Werkstatt, ausreichende Wascheinrichtungen, Verbandszeug, sowie für die nötige Sicherheitsvorrichtungen auf Vorne Sorge zu tragen.

Die bestehende Arbeitsordnung behält ihre Gültigkeit.

§ 8. Falls durch vorstehende Vertragsbestimmungen Streitigkeiten entstehen, sind diese Streitfälle einer Schlichtungskommission zu unterbreiten, die aus je 4 Mitgliedern der vertragschließenden Parteien und einem unparteiischen Vorsitzenden zu bestehen hat. Die Schlichtungskommission hat so schnell wie möglich, spätestens innerhalb 48 Stunden, nachdem sie von einem Teile angerufen ist, zusammenzutreten und den Streitfall mit künftlicher Beschlernung zu erledigen. Sofern sich die Parteien nicht über eine andere Person als unparteiischen Vorsitzenden einigen, ist der jeweilige Vorsitzende des Gewerbegerichts als solcher zu berufen.

§ 9. Maßregelungen aus Anlaß der Durchführung dieses Tarifs dürfen von keiner Seite aus stattfinden.

§ 10. Vorstehender Tarifvertrag ist in jeder Werkstätte deutlich sichtbar auszuhängen und hat vom Tage des Abschlusses bis zum 31. März 1913 Gültigkeit. Der Vertrag läuft je ein Jahr weiter, wenn er nicht 8 Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Stuttgart, den 7. April 1911.

(Unterschriften.)
Wenn hier für die Schlossergesellen trotz der Quertreiberei des sozialdemokratischen Verbandes ein annehmbarer Erfolg erzielt wurde, so haben sie das hauptsächlich dem verständigen Vorgehen unserer Verbandsleitung zuzuschreiben.

Zum Streik auf der Schiffsbauwerft in Danzig.

Die Arbeiter der Seeschiffswerft Schichau in Danzig sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Am Mittwoch den 5. 4. beschloß eine von über 1200 organisierten Arbeitern der Werft Schichau besuchte Versammlung, der Firma die von einer Kommission ausgearbeiteten Forderungen betreffend Lohn und Arbeitszeit einzureichen, nachdem sie sich vorher mit den Forderungen einstimmig einverstanden erklärt. Es wurde ferner einstimmig beschlossen, die organisierten Vorstandsmitglieder der Betriebskrankenkasse zu beauftragen, die Forderungen zu unterzeichnen und dieselben am Donnerstag, den 6. April, vormittags, dem leitenden Direktor persönlich zu überreichen. Den Forderungen war folgendes Begleitschreiben beigegeben:

Danzig, den 5. April 1911.
Titl. Firma Schichau, Seeschiffswerft in Danzig.

Die ergebenst unterzeichneten Vorstandsmitglieder der Krankenkasse Ihres Betriebes erlauben sich höflichst, Ihnen im Auftrage der beteiligten Arbeiter die in der Anlage vorliegenden Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu unterbreiten.

Wir eruchen Sie, uns bis morgen (Freitag den 4. April 1911) mittags Bescheid zu geben, wann Sie mit den Unterzeichneten über die eingereichten Forderungen zu verhandeln bereit sind.

Es soll sich um keine bestimmte Erklärung über die Forderungen selbst handeln, sondern nur darum, wann Sie bereit sind, mit uns in Verhandlung zu treten. Der Termin des Beginns der Beratungen dürfte allerdings nicht über Dienstag den 11. April hinausgeschoben werden.

Hochachtungsvoll

Die Firma gab noch am Donnerstag folgende Antwort:
Danzig, den 6. April 1911.

An die Vorstandsmitglieder der Betriebskrankenkasse der Firma F. Schichau, Seeschiffswerft zu Danzig.
§ 5. des Herrn

Das mir heute früh überreichte Schreiben nebst Anlage, betreffend verschiedene Vorschläge, sende ich Ihnen beifolgend wieder zurück, und zwar weil die Behauptung, daß Sie im Auftrage der Arbeiter der Firma Schichau gehandelt haben, auf Grund der Rücksprache mit einer Anzahl anderer Arbeiter meiner Werft auf Unwahrscheinlichkeit beruht.

Hochachtungsvoll
Hr. F. Schichau, Seeschiffswerft zu Danzig.

Nachdem die Firma jede Verhandlung abgelehnt und die Angaben der von der Versammlung beauftragten Ueberbringer der Forderungen als unwahr bezeichnet, beschloßen in einer im St. Josephshaus am Freitag den 7. April abgehaltenen Versammlung die im Schiffbauwerft beschäftigten Arbeiter in gemeinsamer Abstimmung mit 661 gegen 3 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen, am Sonnabend den 8. April die Arbeit einzustellen. Laut Arbeitsordnung kann an jedem Sonnabend das Arbeitsverhältnis ohne vorherige Kündigung gelöst werden. Die nicht im Schiffbauwerft bei Schichau organisierten Kollegen in Einverständnis mit den Organisationen ihre bisherige Arbeit fort. Im Streik stehen jetzt über 800 Arbeiter. Der Schiffbauwerft ruht vollständig.

Am 10. April erhielten sämtliche Streikende folgendes Schreiben:

„Hierdurch teile ich Ihnen mit, daß Sie, wie auch durch die öffentlichen Aushang bekannt gemacht, entlassen sind.“

Gleichzeitig eruche ich Sie, spätestens bis Donnerstag den 13. d. s., nachmittags 4 Uhr, Ihr Werkzeug abzugeben, falls Sie solches in Verwahrung haben, ferner Ihre Entlassungspapiere abzuholen und den Ihnen eventuell noch zustehenden Lohnbetrag am Sonnabend den 15. d. M. bis 3 Uhr nachmittags an der Kasse meiner Werft in Empfang zu nehmen.

Hr. F. Schichau, Seeschiffswerft Danzig.
J. Seeger. J. Koppel.

Dem haben die Streikenden Folge geleistet. Was die Werfleitung jedoch mit diesen Maßnahmen zu erreichen hoffte, ist nicht eingetreten. Trotz der von verschiedenen Seiten bei diesen Gelegenheiten gemachten Versuche, die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, sind alle Streikenden den Beschloßenen, wonach nur mit der Kommission oder den Organisationsvertretern verhandelt werden darf, gefolgt.

Am 12. April ist den Streikenden, soweit sie in Werkshäusern wohnen, die Wohnung zum 1. Mai gekündigt worden. Jedoch wird auch diese Maßnahme auf die Haltung der Streikenden ohne nachteiligen Einfluß bleiben.

Unser Verband ist zurzeit mit annähernd 800 Mitgliedern bei dieser Bewegung beteiligt. Im Streik stehen 163 Mitglieder. Insgesamt kommen die christlichen Gewerkschaften mit circa 400 Mitgliedern bei diesem Kampf in Frage. Auf die materielle Seite der eingereichten, von der Werfleitung aber zurückgeschobenen Forderungen werden wir in der nächsten Nummer näher eingehen. Ebenso auch auf das eigenartige Verhalten der Direktion. Für heute nur kurz folgendes:

Der Besitzer der Werft ist der mehrfache Millionär Herr Geh. Kommerzienrat Jiese. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse liegen seit jeher zu wünschen übrig und konnten niemals auch nur als annähernd zeitgemäß gelten. Es gehörte auch nicht zu den Seltenheiten, daß ein großer Teil der Arbeiter darunter auch Handwerker, mit ihrem Verdienst hinfte dem orksallichen Tage Lohn (2,80 M.) zurückblieben. Frühere Versuche einiger Abteilungen, durch alleiniges Vorgehen Verbesserungen zu erreichen, waren jedesmal ohne Erfolg. Dieser Umstand ist wohl auch bei der jetzigen Bewegung nicht ohne Einfluß auf die Stellungnahme der Direktion gewesen.

Das einmütige Vorgehen der Arbeiterschaft hat die Direktion bereits heute eines Besseren belehrt. Bleibt die Einmütigkeit erhalten, und halten die Arbeiter durch, dann kann ein Erfolg nicht ausbleiben. Herr Geh. Kommerzienrat Jiese dürfte auch wohl über seine Berater bei dieser Bewegung nicht besonders erbaunt sein.

Kauf-Kauf Auf der Maschinenbauanstalt „Kumboldt“ stehen die Gusspuffer seit Dienstag den 11. April im Streik. Der Grund liegt in den zur Zeit niedrigen Marktpreisen. Die Gusspuffer verlangen wieder den schon vor 2 1/2 Jahren gezahlten Preis. Und zwar vornehmlich deshalb, weil heute der Guss rauer und bedeutend schlechter zu kupen ist. Die Folge hiervon ist, daß das Verdienst der Puffer sich erheblich verringerte. Die mit der Direktion und Betriebsleitung gepflogenen Verhandlungen führten zu keinem positiven Ergebnis. Das Werk, welches dem Bezirksverband der Metallindustriellen des Regierungsbezirks Kölr. angeschlossen ist, bemüht sich eifrig, durch den vom genannten Bezirksverband eingerichteten Arbeitsnachweis Arbeitswillige zu bekommen. Auch ist aussehend die Polizei von dem Ausbruch des Streiks und dem Streikposten stehen benachrichtigt worden. Die Gusspuffer beharren auf ihrer Forderung und sehen dem Gang der Dinge mit Ruhe entgegen.

Neheim. Bei der hiesigen Firma Hülfensmidt und Cojad, Fabrik in Wagenlaternen und Herbegegeschirrgarnituren, zeigten die Arbeiter zu Ende des vergangenen Jahres durch unsern Verband eine Eingabe ein und baten in Anbetracht der allgemeinen Teuerung um eine Lohnaufbesserung. Da die Firma hierauf nicht einging, so beschloßen die Klemperer und Schneider in einer Werkstattpredung im März d. J. ihre Wünsche schriftlich zu formulieren und durch eine Kommission dem Werksleiter und Inhaber Herrn Hülfensmidt zu überreichen. Doch jetzt zeigte sich so recht der Herrenstandpunkt des Herrn Hülfensmidt, indem er ein Verhandeln mit der Kommission rundweg ablehnte, obgleich er eine Lohnaufbesserung einzuzeiner Arbeiter in Aussicht stellte. Mit „Clubs“, „Comités“ und „Kommissionen“ würde er niemals verhandeln, meinte Herr H., sondern der einzelne Arbeiter möchte zu ihm kommen, wenn er unzufrieden wäre. Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter, sich zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vereinigten, scheint demnach für Herrn H. nicht zu existieren.

Unsere Kollegen konnten sich deshalb mit dem Bescheid nicht zufrieden geben, und weil Herr H. trotz mehrmaligen Vorstellung von seinem veralteten Standpunkt nicht abzurücken war, so zeigten am 13. April sämtliche Laternenklemperer die Kündigung ein. Bei diesem Kampfe, der durch das mit keinem sichhaltigen Grunde zu rechtfertigende Verhalten des Herrn Hülfensmidt hervorgerufen worden ist, wird die Arbeiterschaft von ganz Neheim geschlossen hinter den beteiligten Kollegen stehen, handelt es sich doch um die Verteidigung der ureigensten Rechte der Arbeiterschaft. Jeder Zugung ist streng fern zu halten.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuweisen, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugung fort.

Sundern bei Arnberg i. W. Bei der Firma Winterhoff ist Zugung von Metallbrüchern, Schließern und Klemperern fern zu halten.

Dortmund. Die Arbeiter der Zinkhütte stehen behufs Aenderung des Prozentensystems im Streik.

Düsseldorf. Die Eisengießer der Firma Schwarz ist für Forme gesperrt.
Düsseldorf-Bezath. Die deutsche Maschinenfabrik ist für Dreher und Maschinuarbeiter aller Art gesperrt.
Schloß-Holte. Auf der „Holter Eisenhütte“ (Inh. Dr. H. Tenge) sind Differenzen ausgebrochen, wegen Kündigung zweier Kollegen. Zugung von Beschlagämtern, Schlossern, Formern und Hilfsarbeitern ist fernzuhalten.

Danzig. Auf der Seeschiffswerft F. Schichau ist Streik ausgebrochen. Zugung von Handwerkern und Arbeitern aller Art nach Danzig und Elbing ist fernzuhalten.

Karlruhe. Bei der Firma Junter u. A. sind Differenzen ausgebrochen. Der Betrieb ist für Hand- und Maschinenformer und sonstige Gießereiarbeiter gesperrt.

Cöln-Chrenfeld. Auf der Waggonfabrik Herbrand u. G. sind Differenzen ausgebrochen. Streik in Sicht.
Röln-Kalk. Die Gusspücker der Maschinenbauanstalt „Humboldt“ stehen wegen Akkorddifferenzen in Streik.
Reheim. Sämtliche Laternenklempner der Firma Hälten Schmidt und Cosad stehen wegen Lohnhöhen in Kündigung.
Menden. Bei der Firma „Mendener Drahtwerke“ sind infolge Lohnhöhen Differenzen ausgebrochen. Zugang von Drahtziehern insbesondere Feinziehern ist fernzuhalten.

Sendenhorst i. W. In den Sendenhorster Emaillewerken sind Differenzen ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 23. April 1911 der siebenzehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 23. bis 30. April 1911 fällig.

Berlin. Das Mitgliedsbuch Nr. 124 925, ausgestellt auf den Namen Albrecht Georg ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Trotz wiederholter Aufforderung im Verbandsorgan und direkter Mahnung haben die Zahlkarte zur Reichsarbeitslosenstatistik nicht eingesandt: Baugen, Feuerungen, Bremerhaven, Bruchsal, Clausthal, Holzhausen, Königsberg, Meppen, Oldenburg, Rheinischen, Steinhelm, Welcherhammer. Hoffentlich sind in Zukunft diese Zahlstellen nicht wieder unter den Säumligen zu finden.

Alle Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ohne Unterschied sind an die Geschäftsstelle des Christl. Metallarbeiterverbandes, Duisburg, Seitenstraße 17, und nicht an die persönliche Adresse einzelner Beamten zu adressieren. Alle Geldsendungen sind mittels Zahlkarte unserm Postcheckkonto, Kontonummer 10433, bei dem Postcheckamt in Cöln zu überweisen.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder. Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Zeitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Geschäftsstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Adressen.

Chemnitz. Die Adresse unseres sächsischen Bezirkssekretariats ist nicht, wie es irrtümlich in unserer Nr. 14 heißt Logenstraße sondern Logenstraße 11 II.

Reheim-Ortsverwaltung. Die Geschäftsstelle befindet sich jetzt Apothekerstraße 28.

Aus dem Verbandsgebiet.

Frankenthal Am Sonntag den 26. März hielt unsere Ortsgruppe eine gut besuchte Versammlung ab, in welcher wir uns mit dem letzten von unsern „roten Kollegen“ für den 9. Bezirk verbreiteten Flugblatt beschäftigten. Kollege Gengler-Pforzheim führte den Kollegen an Hand eines durchschlagenden Materials die Taktik und Lügenmoral, sowie die unehrliche Art, mit welcher die roten Strategen die Arbeiterklasse an der Nase herumzuführen beabsichtigen, mit einer Deutlichkeit vor Augen, die nichts zu wünschen übrig ließ. Wenn die Kollegen von Frankenthal aus den Ausführungen des Referenten die richtige Lehre ziehen, so werden sie wissen, was sie von einem derartigen Produkt Vorhitzerscher Taktik, wie es dieses Flugblatt darstellt, in Zukunft zu halten haben und es dementsprechend bewerten. Auch ist zu hoffen, daß unsere Kollegen durch eine solche Kampfesweise und durch die sonstigen Vorgänge im roten Lager von der Notwendigkeit überzeugt werden, endlich einmal den alten Schandrian abzuerben und mitzuarbeiten an der Erklarung und Ausbreitung unseres Verbandes. — Kollegen von Frankenthal! Besucht regelmäßig die Versammlungen, denn dort ist der Platz, wo wir über das, was unserer Bewegung und uns nötig ist, uns schulen durch gegenseitige Aussprache und Anregungen. Unsere letzten zwei Versammlungen waren gut besucht, aber es muß noch besser werden; kein guter Gewerkschaftler darf in der Versammlung fehlen. Werzige dies ein jeder, und handle danach, dann wird es vorwärts gehen.

Siegen. (Ortsverwaltung.) Unsere Generalversammlung fand am Sonntag den 26. März im Lokale des Herrn Hill zu Geisweid statt. Nach Eröffnung derselben durch den Vorsitzenden, Kollegen Heider, der einen kurzen Überblick über die Arbeit der Ortsverwaltung im verfloffenen Jahre gab, erhaltete Kollege Gierz den Jahres- und Kassenbericht. Aus demselben sei folgendes hervorgehoben:

Das Jahr 1910 stand im allgemeinen im Zeichen des wirtschaftlichen Aufschwungs. Wenngleich die letzte Wirtschaftskrise im Siegerland sich besonders stark bemerkbar gemacht hat, und namentlich im Erzbergbau die Nachwirkungen auch gegenwärtig noch deutlich spürbar sind, so kann man andererseits in der Siegerländer Metallindustrie seit längerer Zeit einen erfreulichen Aufschwung konstatieren. Das geht auch hervor aus den Geschäftsberichten und den gestiegenen Gewinnen der verschiedensten industriellen Werke, wie z. B. Geisweider Eisenwerke, Charlottenhütte, Siegener Verzinker, Kölsch u. Co. u. a. m.

Während in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges Schnabzüge an der Tagesordnung waren, ist von einer Erhöhung der Löhne bei der jetzigen besseren Konjunktur und den gesteigerten Gewinnen nichts zu merken. Im Gegenteil, jede Lohnerhöhung, jede Verbesserung des Arbeitsverhältnisses muß erst erkämpft werden. Die Siegerländer Arbeitgeber stehen nach wie vor in ihrer großen Neugierde den Arbeiterorganisationen ablehnend gegenüber und versuchen mit

allen Mitteln, die Arbeiter von dem Beitritt zur Organisation abzuhalten. Andererseits zeigt sich, daß die Siegerländer Unternehmer ihren schartmacherischen großindustriellen Kollegen in anderen Industriezweigen in nichts nachstehen. Hat doch der Berg- und Hüttenwälder Verein in Siegen, dem die maßgebenden industriellen Kreise des Siegerlandes als Mitglieder angehören, noch in seinem letzten Jahresbericht gegen alle schwebenden sozialpolitischen Gesetzentwürfe, soweit sie den Arbeiterschutz und das Arbeiterrecht betreffen, Stellung genommen.

Im Berichtsjahre waren wir des öfteren gezwungen, uns mit den Zuständen in verschiedenen Betrieben etwas näher zu beschäftigen und auf Besserung der Verhältnisse hinzuwirken. So z. B. bei der Siegener Maschinenbau- u. G. vorm. A. u. H. Dechthäuser, Peipers u. Co., Kölsch u. Co., Geisweider Eisenwerke usw. Wenn unsere diesbezügliche Tätigkeit nicht immer einen vollen Erfolg zeitigte, sondern neben verschiedenen erzielten Verbesserungen noch manche Wünsche unerfüllt blieben, dann ist das zum weitaus größten Teil auf die vielen Arbeitskollegen zurückzuführen, welche noch immer nicht die Notwendigkeit der Organisation einsehen können und von der Gültigkeit der Arbeitgeber alles Heil erwarten. Manche dieser Kollegen ist im verfloffenen Jahre durch das abnehmende Verhalten der Arbeitgeber, auch den kleinsten und berechtigten Forderungen der Arbeiter gegenüber die Verletztheit ihres Standpunktes recht eindringlich zu Gemüte geführt worden, sobald dieselben eingeschlagen werden, daß ohne starke und leistungsfähige Organisationen auch für die Metallarbeiter des Siegerlandes nichts zu erreichen ist. Im verfloffenen Jahre ist zwar ein erfreulicher Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen gewesen, trotzdem muß gesagt werden, daß die Agitation noch weit intensiver wie bisher betrieben werden muß. Es genügt nicht, daß man diese Arbeit einigen wenigen Kollegen überläßt, sondern jedes einzelne Mitglied muß sich verpflichtet fühlen, in der Agitation mitzuwirken, soviel in seinen Kräften steht.

Der Kassenbericht zeigte ein verhältnismäßig günstiges Bild. Die Einnahmen für die Hauptkasse betrugen 6457,70 Mark und die Ausgaben 1797,46 M. In die Hauptkasse in Duisburg wurden abgeführt 4660,24 M. Die Lokalkasse hatte einschließlich des Jahresbeitrages am Schlusse des vorigen Jahres eine Einnahme von 2053,86 M. und eine Ausgabe von 1688,21 M. Somit war am 31. Dezember 1910 ein Bestand der Lokalkasse von 545,65 M. vorhanden. — Zum Schluß wurde das Ergebnis unserer Tätigkeit im vergangenen Jahre nochmals vom Kollegen Gierz kurz zusammengefaßt und von ihm noch mancherlei Rufe für unsere zukünftige Arbeit gegeben.

In der Diskussion, welche sich an die Berichte des Vorsitzenden und des letztgenannten Kollegen angeschlossen, wurde von allen Rednern betont, daß im laufenden Jahre noch viel mehr gearbeitet und eine intensivere Agitation wie bisher entfaltet werden müsse. Die Vorstandswahl ergab einstimmige Wiederwahl der bisherigen Inhaber dieser Ämter. Nach einem kräftigen Schlusswort des Vorsitzenden, in dem er alle Kollegen zur eifrigsten Mitarbeit aufforderte, fand die anregend verlaufene Generalversammlung ihr Ende.

Herne. Am Oktober vorigen Jahres, kurz nach den Knappschäftsstellenwahlen, fanden hier die Wahlen der Beisitzer zum Gewerbegericht statt. Noch ganz siegestrunken von dem Erfolge bei den Knappschäftsstellenwahlen, glaubten die Genossen auch bei der Gewerbegerichtswahl über die „paar Christen“ zur Tagesordnung übergehen zu können. Man war um so mehr des Sieges sicher, da auch zum erstenmal die Christ-Dummerschen Gewerbevereine eigene Kandidaten aufstellten. Lange Gesichter zeigte es aber ab, als es sich herausstellte, daß nicht bloß die „paar Christen“ die Genossen bedeutend überflügelt hatten, sondern noch 11 Stimmen mehr aufbrachten, als beide Gegner (Mole und H.-D.) zusammen aufweisen konnten. So etwas durfte sich selbstverständlich die „unüberwindliche“ Genossenpartei nicht bieten lassen, denn — „lange genug hatten sie es zugelassen (Wie gnädig D. G.), daß die Beisitzerstellen am Gewerbegericht von unfähigen Elementen besetzt wurden“. Wegen eines Formfehlers (ein Arbeitgeberbeisitzer war eine Stunde zu spät zur Beaufsichtigung der Wahl erschienen), leiteten die Genossen Protest ein und erreichten die Ungültigkeitserklärung der Wahl. Die Neuwahl erfolgte nun am 31. März. Die Genossen erlebten aber dieses Mal noch einen gründlichen Sereinsfall, wie im Oktober vorigen Jahres. Damals siegten die christlichen Gewerkschaften über beide Gegner mit 11 Stimmen über die absolute Majorität, diesmal aber überflügelt sie beide Gegner um 36 Stimmen. Das ist bitter für die Genossen! Uns zeigt es aber, daß die Hege, die die Genossen besonders im Ruhrrevier im letzten Halbjahre gegen die christlichen Gewerkschaften entfacht haben, ein Schlag ins Wasser war. Uns aber soll diese Erkenntnis ansporren, nun noch intensiver wie bisher die Agitation für unsern Verband zu betreiben.

Düsseldorf. Eine gut besuchte Versammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes beschäftigte sich mit dem Kampf des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes unter der Leitung Fäfers gegen den christlichen Metallarbeiterverband. Der Referent Gewerkschaftssekretär Leubke kennzeichnete an dem von jener Seite herausgegebenen Flugblatt: „Die Firma Peter Broich Nachf., Inhaber Josef Peuple“ die „Taktik“ des Verfassers. Wenn derselbe in den vergangenen Jahren bestrebt war, den sachlich nicht zu umgehenden Kampf unter den beiden Organisationen auf das persönliche Gebiet hinüber zu spielen, so verfuhr er auch jetzt diese in seinem ganzen Wesen begründete Taktik, nachdem kein wirkliches Material gegen den christlichen Metallarbeiterverband aufzutreiben sei. Die ganze Ueberschrift dieses Madwerks deutet darauf hin, oder man neige zu der Annahme, daß die in den früheren Kämpfen mit Peter Broich erlittenen Niederlagen noch jetzt, nach einundneunzig Jahren, nicht verdimmert werden könnten. Im einzelnen wurde der Inhalt einer gründlichen Kritik unterzogen und hierbei der Beweis erbracht, daß die Wahrheit in einer solchen Weise vergewaltigt wird, wie dies wohl selten geschehen kann. Direkte, wissenschaftliche Unwahrheiten werden an die Öffentlichkeit gebracht. Derselbe Taktik, die in den roten Versammlungen, wo kein Vertreter einer anderen Organisation das Wort erhält, eingeschlagen werde, verjage man jetzt auch in der Öffentlichkeit. In den roten Versammlungen brauche man keine Antwort zu fürchten, da kein Vertreter der Wahrheit sich erhebe. Wenn redigierende christliche Metallarbeiter dies dort versuchen, werden sie niedergeschrien. Wird alsdann der Verleumder an anderer Stelle persönlich zur Rede gestellt, so redet er sich heraus, „daß die „Mutter“ ihm dieses mitgeteilt habe, welche das Bureau drukt.“

Gegen einen solchen Kampf kann nur wirkungsvoll gearbeitet werden, wenn man der Metallarbeiterschaft durch wahrheitsgemäße, nicht widerlegbares Material den Beweis

erbringt, wo die wirklichen Arbeitervertreter sitzen. Dieser Weg hat uns das durch Verleumdung entzogene Vertrauen der Metallarbeiter aller Berufe zurückgebracht, was dadurch bewiesen wird, daß die Verwaltungsstelle im verfloffenen Jahre einen Zuwachs von 688 neuen Mitgliedern und das erste Quartal dieses Jahres an Neuaufnahmen wieder über 600 Mitglieder gebracht hat. In seinem Flugblatt glaubt Fäfer heute noch Raum zu finden zu können, daß er die Unwahrheit behauptet, ein christlicher Gewerkschaftsführer komme stets in die größte Verlegenheit, wenn er Auskunft über die spätere Entwicklung der christlichen Gewerkschaften geben solle. Dabei ist schon in tausenden von Versammlungen in aller Öffentlichkeit hierauf eine, auch den Genossen Fäfer nicht unbekante, durchaus zutreffende Antwort gegeben worden. Eine weitere Antwort liegt in folgenden Ausführungen des „Vorwärts“ Nr. 132/1910:

„In Deutschland war die Verbrüderung von Arbeiterbewegung und Partei, von Gewerkschafts- und politischer Bewegung nie inniger als jetzt. Die marxistische Taktik, deren oberste Richtschnur das Interesse der Arbeiterbewegung und nicht als dieses ist, hat verhütet, daß die Trennung der Arbeiter vom Sozialismus auch nur ein möglicher Gedanke ist. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind bei uns nur verschiedene Ausdrucksformen derselben Arbeiterbewegung mit verschiedenen Funktionen, aber mit demselben Geist erfüllt. Daß es so geworden, daß es so bleibt, das ist die Folge der seitigen prinzipiellen marxistischen Aufklärung der Massen.“

Ferner schreibt Dr. Erdmann in seinem Buche „Die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland“:

„... Deshalb rede ich nicht von „freien“, sondern von sozialistischen Gewerkschaften, weil ich ihr Wesen, ihr Verdienst und ihre Macht darin sehe, daß sie Hand in Hand mit der Partei wirken an der Befreiung (?) der Arbeiterklasse im Sinne des Sozialismus.“

Wenn wir diese Dinge immer wieder feststellen, so darum, weil es noch immer Leute gibt, die an die vorgezeichnete „Neutralität“ der „freien“ Gewerkschaften glauben. Und rote Agitatoren müssen immer wieder zum Schwindel Zuspruch nehmen, um, wie der Flugblattschreiber Fäfer vom gewerkschaftlichen Gebiete abzuweichen und auf das politische Gebiet überlaufen zu können. Daß nach Fäfer die christlichen Gewerkschaften „Zentrumsgeverkschaften“ sind, ist ein alter Schandhüter, jedoch um den Beweis zu erbringen, muß der Mann wiederum die Wahrheit vergewaltigen. Er schreibt:

„Die christlichen Gewerkschaftsführer sind mit ganz vereinzelten Ausnahmen Zentrumsanhänger, die Vorsitzenden der Verbände sämtlich. Sie treiben als Zentrumsleute natürlich Zentrumspolitik.“

Im letzten Satz liegt die Raffinesse, im vorletzten die bewußte Unwahrheit eines Mannes, der die Tatsachen auf den Kopf stellt. Fünf Zentralvorsitzende der christlichen Gewerkschaften gehören erwiesenermaßen nicht der Zentrumspartei an. Außerdem sind in den Verbänden beide christlichen Konfessionen und alle bürgerlichen Parteien vertreten. Dasselbe trifft für die Beamten zu. Dies ist doch wohl bei den sozialdemokratischen „freien“ Gewerkschaften nicht der Fall. Dort alles siebenmal gesiebte Genossen! Durch die weiteren politischen Ausführungen soll der Versuch unternommen werden, den Kampf an der Arbeitsstätte fortzusetzen. Aufgehen will man den Sozialdemokraten, damit er sich in blindem Haß und Fanatismus auf seinen anders denkenden Mitarbeiter stürzt, denselben mit allen Schlichen und Finessen bearbeitet und „entsprechend behandelt“. Gelingt dieses Auftreten, dann gut; gelingt es nicht, dann setzt jener Druck ein, den schon eine ganze Anzahl christlich denkende Arbeiter in verschiedenen Betrieben verspüren. Einige trasse Fälle sind in der letzten Zeit zu verzeichnen gewesen. Man will nicht mit anderen organisierten Formeln arbeiten, oder man verweigert ihnen jede Hilfe, dann gehen sie von selbst (de Fries) oder lassen sich überreden (Krieger). Jungen Kollegen wird das Werkzeug verweigert, sie werden mit allen Schlichen bearbeitet, doch ihr Mitgliedsbuch abzugeben (Benz u. Co.) Verschiedene Fälle werden von anderen Orten gemeldet. Darum ist es notwendig, daß diesem Druck ein entschiedenes Halt entgegengerufen wird, was nur durch den Anschluß aller christlichen Arbeiter der Metallindustrie an den christlichen Metallarbeiterverband wirkungslos geschehen kann. Der Redner empfahl die Annahme folgender Resolution:

„Die am 2. April im Paulushaus versammelten christlichen Metallarbeiter Düsseldorf verurteilen auf das entschiedenste die Agitationsweise der Zeitung der jetzigen Verwaltungsstelle des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, die da glaubt, durch systematische Aufhebung schon jetzt die bevorstehenden Reichstagswahlen einseitig zu müssen.“

Die Versammlung stellt mit Entrüstung fest, daß die Sozialdemokraten der Meinung sind, nur ihnen gehöre die Arbeitsstätte, da andersdenkende Arbeiter mit Spott und Hohn überschüttet werden. Ferner verweigert man in einigen Betrieben die gegenseitige Hilfe bei der Arbeit, und sucht christliche Arbeiter anderer Berufe, wie in Köln, Elberfeld, Berlin, Straßburg, Wiesbaden usw. festzustellen, durch Terrorismus aus der Arbeit zu drängen, weil sie sich nicht den sozialdemokratischen Gewerkschaften anschließen wollen.

Die Versammlung behauptet, daß viele Arbeitgeber nicht das Recht auf Arbeit in ihren Betrieben schützen und bewahren, oft mit allen Schlichen und Finessen eingefädelten Machinationen nicht mit der notwendigen Entschiedenheit entgegen treten. Es liegt im Interesse von Industrie und Gewerbe, solchem Treiben ein Ende zu bereiten.

Darum verpflichten sich die Anwesenden, soweit dies noch nicht geschehen, sich dem christlichen Metallarbeiterverband anzuschließen, da derselbe in seiner Vergangenheit den Beweis erbracht, daß er die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder, sowie das Recht auf Arbeit für alle Berufsangehörige mit aller Entschiedenheit gewahrt hat. Sie verpflichten sich ferner für die weitere Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes, sowie der gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung durch unablässige Agitation einzutreten, um diesen Terrorismus zur Unmöglichkeit zu machen.“

Diese Resolution wurde gegen die Stimmen der anwesenden Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes angenommen. — In der Diskussion sprach ein Mitglied des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. Dasselbe behauptete das Vorgehen Fäfers, welches er (Redner) jetzt in einem ganz anderen Lichte betrachtete. Jedoch würden auf der anderen Seite auch Fehler gemacht. Der Mann brachte nun zum Beweise zwei Unwahrheiten vor, die er jedoch als ihm eine aufläuternde Antwort angeden würde, sofort wieder zurück-

